

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

70 (24.3.1921)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.- M. einschl. 80 A Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in A. lagen 4.00 M.; durch die Post bezogen 4.50 - ohne Ausgabe- u. Postgebühren monatlich Einzelnummer 25 A
Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 491.
Anzeigen: Die 10spaltige Kolonelliste L.-M. Die Reklamengruppe 8.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. - Annahmeschluss 8 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Kommunistenputsche in Mitteldeutschland

Feuertage - Bombenanschläge - Attentate auf Eisenbahnen

Eisleben, 23. März. Nachdem gestern nachmittag eine Massenversammlung der streikenden Arbeiter im Volkshaus stattgefunden hatte, sind laut den letzten Nachrichten die meisten Schächte völlig stillgelegt. Nur zwei Schächte sollen noch teilweise arbeiten. Zwischen der Schulpolizei und der Arbeiterwehr kam es zu einigen Zusammenstößen, bei denen, soweit bisher übersehen werden kann, kein Blut geflossen ist. Die Schulpolizei wurde weiter verstärkt. Am Bahnhof wurde ein Schützenwagen aufgeworfen und stark mit Maschinengewehren besetzt.

Wittenberg, 23. März. Das „Eislebener Tagblatt“ berichtet, daß in der vergangenen Nacht mit Zwischenpausen Gewehrfeuer und Handgranatendetonationen in den Straßen ertönten. Die Streikenden sprengten drei Weichen der Bergwerksbahn der Mansfelder Kupferhüttenwerke. Gewerkschaft heute Nacht in die Luft. Die Stimmung hat sich im allgemeinen verschärft.

Mansfeld, 23. März. Heute vormittag gegen 9 Uhr hielt vor dem Landratsamt ein Kraftwagen, dem etwa 35 Besetzte entstieg, die vor dem Gebäude ein Maschinengewehr aufstellten und dann aus der im Hause befindlichen Kreisparlase und Kreiskommunaltasse 199 000 M. raubten. Auch die daneben liegende Spar- und Kreditbank wurde heimlich und beraubt.

Helbra, 23. März. Die Räuberbande, die heute vormittag die Mansfelder Kreisparlase aubraubte, hatte nachts zuvor bei Helbra und Kreisparlase Helbra in gleicher Weise einen Besuch abgestattet.

Mansfeld, 23. März. Von ihrem Raubzug im hiesigen Landratsamt begab sich die Räuberbande nach der Station Mansfelder Bahnhof, überfiel das dortige Postamt und beraubte es.

Dresden, 23. März. Im Verhandlungssaal A des Dresdener Landgerichtsgebäude wurde eine Bombe zur Explosion gebracht. Drei Personen wurden verletzt. Die Täter sind entkommen.

Leipzig, 23. März. Heute vormittag 11 Uhr ereignete sich im Landgerichtsgebäude eine Bombenexplosion. Die Bombe war in einem Abort des Erdgeschosses niedergelegt worden. Durch die Explosion wurde bedeutender Schaden angerichtet. Menschen wurden nicht in Mitleidenschaft gezogen. Das Landgericht wurde sofort abgesperrt und die polizeilichen Ermittlungen eingeleitet.

Berlin, 23. März. (Privattelegramm.) Die kommunistischen Untaten im mitteldeutschen Industriegebiet und Hamburg werden auf einen bestimmten Plan von Moskau zurückgeführt. Trotz des verbrecherischen Treibens der Kommunisten besteht jedoch kein Anlaß, die Ruhe zu verlieren. Es kann mit aller Bestimmtheit gesagt werden, daß ein bewaffneter kommunistischer Aufstand keine Aussicht auf Erfolg hätte, wenn er auch schweren Schaden anrichten würde. Die große Masse der werktätigen Bevölkerung lehne den gefährlichen Irrwahn der terroristischen Gruppe ab.

Der „Vorwärts“ bezeichnet es als Pflicht der gesamten deutschen Arbeiterschaft, ihre bisherige Ruhe zu bewahren. Je entschiedener das Proletariat erklärt, daß diese Sache nicht seine Sache ist, um so schneller wird die „Aktion“ verbrecherischer Wirtsköpfe zu Ende sein.

Wie der „Vorwärts“ aus Halle meldet, hat das Gewerkschaftsamt gemeinsam mit den Vertretern der S.P.D. einen Aufruf veröffentlicht, in dem bekannt gegeben wird, daß Verhandlungen mit dem Oberpräsidenten Göring eingeleitet sind und daß bis zu dem Ergebnis dieser Verhandlungen die Arbeiter keiner Streikparole Folge leisten sollen. Auch die U.S.P. haben sich diesem Aufrufe angeschlossen, nachdem Oberpräsident Göring ihnen eine Reihe Tatsachen über verbrecherische Untaten der Kommunisten mitgeteilt und sein Vorgehen gegen die Aufwiegler gerechtfertigt hatte.

Eisleben, 23. März. Der Nachmittag brachte lebhafteste Schießereien in den Straßen. Die Kommunisten vertrieben die Schulpolizei, die mehrere Tote und Verwundete hatte. Von der Straße aus warf man auf die Schulpolizei im Rathaus Brandgranaten. Hierbei wurden drei Polizeiwachmeister erheblich verletzt. Die aufreißerischen Elemente haben die Oberhand. Das offenbar sich auch in den Plünderungen, die besonders Konfektions- und Schuhwarengeschäfte betrafen. Der in der Mädchenschule stehenden Abteilung wurde ein Ultimatum gestellt, falls sie sich bis zum Abend nicht ergeben habe, werde man die Stadt an allen Ecken anzünden.

Halle, 23. März. Ein verbrecherischer Anschlag ist gestern Abend wieder in der nächsten Nähe von Halle begangen worden. Zwischen Diebstahl und Großraub hatten Verbrecher die Eisenbahnstationen gestört. Als der 10.38 Uhr von Halle abfahrende D-Zug 151 um 10.45 Uhr die betreffende Stelle erreichte, entsetzten infolgegefallen drei Personenwagen, der Postwagen und die Maschine. Ein Postbeamter, der Postwagenführer und zwei Reisende wurden verletzt. Sofort nach dem Unfall ging ein Mißling mit Kerzen an die Unfallstelle ab und gleich darauf ein zweiter Zug mit einer Abteilung Kriminalbeamter und Spürhunden. Der verbrecherische Anschlag steht offenbar in Zusammenhang mit der kommunistischen Bewegung im mitteldeutschen Industriegebiet.

Flauen i. S., 23. März. In Rabewisch wurde heute früh gegen 1/4 Uhr ein Bombenanschlag gegen das Rathaus verübt. Das Rathaus ist im Innern schwer beschädigt. Wände sind eingestürzt und sämtliche Fensterscheiben eingedrückt. Auch die Fenster der umliegenden Häuser sind geplatzt. Die Attentäter scheinen wiederum von außerhalb gekommen zu sein.

Stellungnahme der Regierung - Die Gewerkschaften gegen die kommunistische Hetze
Berlin, 24. März. Die Reichs- und die preussische Regierung haben sich gestern mit den Ereignissen in Mitteldeutschland und Hamburg beschäftigt. Es wurde zunächst davon Abstand genommen, über Mitteldeutschland den Ausnahmezustand zu verhängen, da man angesichts der ruhigen und besonnenen Haltung der Arbeiterschaft hoffe, daß die kommunistische Hetze ohne besondere Einwirkung auf sie bleiben werde und die eingeleitete Agitation bald im Sande verlaufen werde.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat in der gestrigen Sitzung eine Entschließung angenommen, in der er sich gegen die kommunistische Hetze und durch sie in Mitteldeutschland hervorgerufene Streikbewegung wendet und erklärt, die Bewegung habe nichts mit gewerkschaftlichen Bestrebungen zu tun.
Wie der „Vorwärts“ aus Hamburg meldet, hat sich die 22 000 Mann starke Belegschaft der Leunawerke mit Handgranaten und Schusswaffen bewaffnet und die Werke besetzt. Es wird ein Angriff auf die Gefängnisse in Hamburg und Halle erwartet.

Halle, 24. März. In und um Eisleben hatten sich gestern nachmittags Kämpfe entzündet, die eine größere Ausdehnung genommen. Der Stützpunkt der Schulpolizei in der Mädchenschule liegt unter dem Feuer der Streikenden. Der D-Zug, der 1/2 Uhr in Halle eintraf, geriet unterwegs in Gewehrfeuer. Die Kommunisten hatten den Eisenbahndamm besetzt und schossen in den Zug hinein.

Demonstrationen und Kämpfe in Hamburg

Kommunistische Zollhändlerereien

Hamburg, 23. März. Heute mittag besetzten kommunistische Arbeiter auf der Werft von Blom und Loh das Direktionsgebäude und hielten auf dem Gebäude die rote Sowjetfahne. Der Arbeiterrat wurde abgesetzt und ein Aktionsausschuß für die Werkleitung gewählt. Die anderen Hamburger Großschiffahrtswerften sind noch ruhig. Auf der Vulkan- und der Heisterwegwerft wird gearbeitet. Gegen mittag verließen die Arbeiter sämtlicher Hamburger Werften die Werkstätten, um sich zu einer gemeinsamen Versammlung zu begeben.

Der Chef der Ordnungspolizei teilt mit: Heute zwischen 5 und 6 Uhr morgens hatten sich etwa 400 bis 500 Erschrockene auf dem Heilig-Geistfeld angemeinert. Von dort vertrieben gegen sie nach der St. Pauli-Landungsbrücke. Auf dort wurde die Ansammlung verhindert.

Hamburg, 23. März. Hier kam es in der Nähe des Schillertores zu Zusammenstößen zwischen der Menge und der Ordnungspolizei. Aus der Menge oder aus einem Hause fielen Schüsse, wodurch bei der Ordnungspolizei ein Mann getötet und einer schwer verletzt wurde. Die Polizei erüffnete hierauf das Feuer. Die Menge hatte 15 Tote und Verwundete. Bei einem weiteren Zusammenstoß wurden fünf Zivilisten verwundet.

Die auf 5 Uhr nachmittags auf dem Heilig-Geistfeld festgesetzte Kundgebung konnte wegen starker Absperrung durch Stadegewalt, Panzerautos und Polizeimannschaften nicht vor sich gehen. Gegen die Autos wurden Steine geschleudert. Die Zugangsstraßen vom Hafen zum Heilig-Geistfeld waren ebenfalls abgesperrt. Die Eisenbahn hatte den Verkehr zum größten Teil eingestellt. Ansammlungen wurden überall gestreut.

Nach einer Meldung scheint dort die Nacht des kommunistischen Aufstandes bereits in der Hauptsache gebrochen zu sein. Der Vorstand der Hamburger Sozialdemokratischen Partei erklärt einen Aufruf, in dem die Arbeiterschaft dringend vor der Teilnahme an dem kommunistischen Putsch gewarnt und aufgefordert wird, ihre Arbeit weiter zu versehen und der Straße fern zu halten.

Verhinderte Verschlechterungen, neue Verbesserungen am Einkommensteuergesetz

Von Wilhelm Keil

Der Plan der Rechtsparteien, den auch die Demokraten und das Zentrum weitgehend unterstützten, die von der Regierung vorgeschlagenen Verbesserungen am Einkommensteuergesetz zum Anlaß einer allgemeinen Entlastung der großen Einkommen zu benutzen, ist von unserer Fraktion erheblich durchkreuzt worden.

Die Regierungsparteien, unterstützt von den Deutschen Nationalen, hatten im Ausschuss zunächst volle Steuerfreiheit für alle Gewinne aus Veräußerungsgeschäften beschlossen. Auf den scharfen Widerpruch, den unsere Vertreter dagegen erhoben, wurden wenigstens die Gewinne aus einmaligen Spekulationsgeschäften (soweit solche Geschäfte zum Gewerbebetrieb - Banken etc. gehören, sind sie auf jeden Fall steuerpflichtig) wieder für steuerpflichtig erklärt. Diese Unterbrechung zwischen Spekulations- und anderen Veräußerungsgeschäften wird die Erfassung der Gewinne zwar sehr erschweren, aber die neue Regelung geht wenigstens nicht hinter diejenige zurück, die früher in den einzelstaatlichen Steuergesetzen getroffen war.

Die bürgerlichen Parteien insgesamt hatten beantragt, den Verlust eines Jahres vom Einkommen des nächsten Jahres abziehen zu lassen. Dem Widerstand unserer Fraktion gelang es, diese den Einkommensbegriff ausschließende Bestimmung im letzten Moment mit Unterstützung einiger Arbeitervertreter des Zentrums zu Fall zu bringen.

Die äußerste Rechte und die Demokraten verteidigten mit aller Fähigkeit die von der Regierung abgelehnte Steuerfreiheit für Beiträge an politische Parteien. Diese Subventionierung der kapitalistischen Parteien durch die großen Unternehmungen auf Kosten des Reiches wurde durch unseren Kampf vereitelt.

Die bürgerlichen Parteien insgesamt hatten im Ausschuss beschlossen, alle einmaligen Einnahmen, wie große Honorare, Abfindungen, Einnahmen aus außerordentlichen Waldnutzungen usw. nur mit 10 Prozent, Waldnutzungen infolge von Naturkatastrophen nur mit 5 Prozent zu besteuern. Wir erreichten durch die scharfe Kennzeichnung dieser Bestimmung als eines unerhörten Geschenke an den großen Besitz, daß sie restlos wieder gestrichen wurde und das geltende Recht unverändert blieb, wonach diese Einnahmen unter denselben Steuerfuß fallen, der für das übliche Einkommen des Steuerpflichtigen gilt, mindestens aber unter den Satz von 10 Prozent.

Die Rechtsparteien beabsichtigten, die Steuer für das Rechnungsjahr 1921 nicht nach dem Einkommen des Kalenderjahres 1920, sondern nach dem viel niedrigeren Durchschnittseinkommen der Jahre 1918 und 1920 zu bemessen. Da unsere Fraktion hinter dem Reichsfinanzminister stand, der diese Absicht ablehnte, scheiterte der Plan, nach welchem die Einkommen der selbständigen Betriebe viel günstiger behandelt werden sollten als die Lohn- und Gehaltsempfänger.

Nicht zu verhindern vermochten wir die Erweiterung der Abschreibungen, die den gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben gestattet sind. Aber wir erreichten auch hier, daß die steuerfreien Rückstellungen für Ersatzbeschaffungen fortwährend bilanzmäßig ausgewiesen werden müssen, daß die gesamten neuen Vorschriften auf 5 Jahre befristet wurde und daß sie keine Anwendung auf die juristischen Personen (Aktiengesellschaften etc.) finden, da deren Rückstellungen nur mit 10 Prozent besteuert werden. Wir setzten auch durch, daß der von den Regierungsparteien zunächst beschlossene Begriff des „dauernden gemeinen Wertes“ als Maßstab für die Bemessung des Betriebvermögens wieder gestrichen wurde, was zur Folge hat, daß das Betriebsinventar höher in die Bilanz einzustellen ist, als die Antragsteller wünschten.

Dem Druck unserer Fraktion ist es ferner zu danken, daß die neu eingeführte Steuerfreiheit für die Uebersteuerungskosten des Wases von Fabrikwohnungen mit einigen Kaufleuten versehen wurde.

Von erheblicher Bedeutung ist die auf unseren Antrag beschlossene Steuerfreiheit für die Beiträge der Kriegsbekämpften, soweit sie den Betrag von 8000 M nicht übersteigen. Bisher waren sie nur bis 2000 M steuerfrei, die Regierung hatte als neue Grenze 5000 M vorgeschlagen.

Den Antrag der Rechten, die Grenze für die Steuerfreiheit der Verlichensprämien bei 1000 M statt bei 600 M zu ziehen, haben wir unterstützt.

Seite 8
Kuch
terte
DEIS=
ilch
ahmt)
5.50
terte
milk
7.75
terte
milk
7.00
Kuch
tte
us
IS
e 24
tungen
öbel
denung
ranringe
ar. b. 115
Baar bei
Hrn. W. M.
Kuch
50-
dalinge
3.50
ringe
70
eringe
50
mops
marth-
eringe
eringe
Gelee
1.50
Kuch

Für die Kleinrentner ist auf unseren Antrag eine erhebliche Verbesserung beschlossen worden, insofern die Kapitalertragssteuer in weit höherem Grade als bisher auf die Einkommensteuer angerechnet werden kann.

Zu der Herabsetzung des Steuerfußes für alle Einkommen bis zu 24 000 M auf 10 Prozent, die unserem Kampfe gegen die Überbelastung der Lohn- und Gehaltseinkommen zu danken ist, tritt eine Erhöhung des künftig von der Steuer (statt vom Einkommen) abzuziehenden Betrags. Während für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau je 120 M abgezogen werden dürfen, erhöht sich dieser Betrag für die dritte und jede weitere Person (die Kinder) auf 180 M und entsprechend sind von dem Lohn und Gehalt, der dem Steuerabzug unterliegt, je 4 M für Mann und Frau und 6 M für jedes Kind pro Tag steuerfrei. Die Erhöhung des Abzugs für die Kinder geht formell nicht auf einen sozialdemokratischen Antrag zurück, sondern auf einen solchen der Regierungsparteien. Unser eigener Antrag ging weiter, wurde aber von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. In den Vorverhandlungen aber waren unsere Vertreter am Zustandekommen des Antrages der Regierungsparteien entsprechend beteiligt.

Von großer Tragweite ist schließlich die auf Drängen unserer Fraktion von der Regierung abgegebene Erklärung, daß sie in dem in Aussicht stehenden Lohnsteuergesetz, durch das die endgültige Abgeltung der Steuer durch den Lohn- und Gehaltsabzug abschließend geregelt werden soll, den Arbeitern einen weiteren Abzug von nicht unter 180 M an der Steuer für „Verbungskosten“ aussetzen will.

Wir dürfen ruhig sagen, daß unsere Fraktion, der sich in allen wichtigen Fragen die Unabhängigen angeschlossen, mögen die Kommunisten unsinnige Anträge stellten, bei den Schlüsselentscheidungen über die Einkommensteuernovelle einen starken Einfluß zugunsten der Arbeiter und Beamten ausgeübt und die Versuche der bürgerlichen Parteien, die Einkommensteuer auszuhöheln, beträchtlich eingegrenzt hat. Wenn die Auftraggeber der Helferei, Becker und Genossen mit den Erfolgen ihrer Geschäftsführung nicht zufrieden sind, so ist das ein Verdienst der Sozialdemokratie.

Staatsgefährliche Unfähigkeit in der deutschen Rechtspflege

Gegen die fortgesetzten Justizskandale

Von richterlicher Seite wird der Sozialdemokratie oft zum Vorwurf gemacht, daß sie das Vertrauen des Volkes zur Rechtspflege untergrabe. Unsere Rolle der Justiz gegenüber ist: wir können die Fehler der Justiz nur kennlich machen, weil sie vorhanden sind. In den meisten Fällen würden sie auch ohne unsere Kritik nicht unbeachtet bleiben.

Man bilde sich doch nicht ein, daß ein Urteil wie das Urteil im Miller-Prozess ohne Beurlaubung vom Post aufgenommen würde, wenn die sozialdemokratische Presse auch keine Zeile der Kritik dazu schreiben! Das Mißverhältnis zwischen Tat und Strafe ist hier so in die Augen fallend, daß jeder normale Jurist sofort in seinem Rechtsbewußtsein auf das tiefste erschüttert wird, wenn er nach dem Prozeßbericht auf dieses Urteil schaut. Sein Vertrauen zur Rechtspflege ist durch das Urteil selber dahin.

Der Fall Marloh, der Fall Nechtstede, der Prozeß gegen die Arbeiter Liebnichts und Rosa Luxemburg, der Prozeß Müller — es ist überall das gleiche Kar an schauliche Bild: Dort das gemordete Opfer, hier der Mörder und hier der Freispruch des Gerichts. In allen Fällen steht der gewalttätige Tod der Opfer fest, in allen Fällen weiß man, daß die Angeklagten die Täter sind und in allen Fällen spricht das Gericht die Täter frei oder verurteilt sie zu lächerlich geringen Strafen. Gibt es etwas Aufreißenderes als diese Tatsache? Läßt sich die innere Empörung eines rechtlich denkenden Menschen über die feste Wiederkehr dieses gleichen Bildes noch irgendwie durch künstliche Mittel steigern?!

Madame Bovary

Roman von Gustave Flaubert (Fortsetzung.)

„Gehen Sie wenigstens durch das nördliche Portal hinaus“, rief ihnen der Schweizer zu. „Da können Sie die Auf-erhebung“, das jüngste Gericht, das Paradies, den König David und die Verdammten in der Hölle sehen!“

„Woher wollen der Herr?“ fragte der Russe. „Fahren Sie nur zu“, sagte Leon und schob Emma in den Wagen.

Das schwerfällige Gefährt setzte sich in Bewegung. Der Wagen rasselte durch ein paar Straßen und eilte über die Place des Arts, den Quai Napoleon, den Pont Neuf und hielt vor der Statue Corneilles.

„Weiter“, rief eine Stimme aus dem Innern. Der Wagen rasselte durch ein paar Straßen und eilte dann im Galopp dem Bahnhof zu.

„Kein, rechts“, schrie die Stimme wieder. Die Droschke fuhr durch ein paar Querstraßen und trottete dann langsam durch eine Allee von hohen Almen. Der Russe wachte sich die Seiten, nahm seinen Beberhut zwischen die Knie und ließ den Wagen am Wasser entlang zwischen Reizen dahinfließen. Sie fuhr lange auf einem Kiesweg an keinen Anseln vorbei. Unermittelt rasste der Wagen auf einmal durch Quatremares, Sotteville, die Große Chauffee, die Rue d'Elbeuf und hielt zum drittenmal vor dem Botanischen Garten.

„Weiter doch“, schrie die Stimme während. Sogleich galoppierte der Wagen durch Saint-Eber, durch den Quai des Curandiers, den Quai aux Meules, wieder zurück über die Brücke, über die Place du Champ-de-Mars hinter den Hospitalgärten, wo alte schwarzgekleidete Greise sich auf einer langen eisenumponnenen Terrasse sonnten. Er fuhr den Boulevard Bouvreuil hinauf, über den Boulevard Cauchois, dann den ganzen Mont-Riboudet entlang, bis zum Derville-Platz. Dann klappte er wieder ein Stück zurück und schweifte dann ohne bestimmtes Ziel in die Kreuz und Quere herum. Rast sah ihn in Saint-Pol, in Lesure am Mont Orgain, in der Rue de la Mare, auf der Place Gaillard bois, in der Rue Madarrie, der Rue Dinanderie, der Rue de Saint-Romain und dem Emetiere Monumental. Von Zeit zu Zeit warf der Russe einen betäubenden Blick vom Vordach auf die Kneipe, an denen er vorüber mußte. Er begriff nicht, welche Bewegungswut in seinen Fahrgästen steckte, daß sie gar nicht anhalten wollten.

Wir müssen konstatieren, daß unsere Richter von einem Rechtsgefühl sind, das dem Rechtsempfinden der großen Volksmehrheit unverständlich und fremd ist. Wir müssen dann konstatieren, daß soziale Verunst, Massenabscheidung und Ausbildung unfer heutiges Berufsrichtertum offenbar unfähig machen, das im Volke lebendige Rechtsgefühl mitzuleben. Wir müssen konstatieren, daß das Rechtsgefühl unserer heutigen Berufsrichter sich in erschreckendem Maße annähert an das Solidaritätsgefühl einer Herrenkaste, das die Tat des Kasten-zugehörigen mit anderen Augen sieht als die Tat eines unter der Kaste Stehenden.

Solche Richter können wir nicht brauchen. Sie mögen geschulte Köpfe sein und es gut verstehen, ihre geliebte Meinung mit Gründen zu versehen. Das Volk sieht nur das Eine: daß es im Staat keine Stelle gibt, die das fürchterlichste, das schreiendste Unrecht abtut und sühnt.

Die Staatsautorität verlangt das Gefühl der Rechtsicherheit und der Rechtlichkeit bei den Beherrschten. Ein Staat aber, dessen Rechtsweltliche zu Tode geknallt werden dürfen, ohne daß der bestialische Täter mehr riskiert als einen Erpo-ungsurteil in der Festung, ein solcher Staat bringt sich selber um die Autorität.

Die vom alten System übernommenen Richter sind ein fürchterlicher Krebsknoten für die Republik. Nicht weil sie wie die Richter: esse schreibt, unparteiisch bis zum Neugebirgen wären, sondern weil sie innerlich Gefangene veralteter Kastenanschauungen sind. Wir verlangen nicht die willkürliche Willkürbarkeit der beamteten Richter, aber wir verlangen, daß ihr Einfluß auf die Strafrechtspflege ganz bedeutend geschwächt und daß der ganze Strafrecht mit dem Ziele geknallt werde, daß bedeutende Entschädigungen in die Hände gewählter Volksrichter (nicht wie heute willkürlich ernannter Geschworener und Schöffen) gelegt werden.

Nur so kann eine Rechtsreform wieder einfallen, nur so kann der Staat das Vertrauen gewinnen, daß er seine vornehmste Pflicht wahrhaft unparteiisch erfüllt: das Recht zu schützen und das Unrecht zu sühnen.

Die Hege in Frankreich wegen Oberschlesien

Der „Nation“ schreibt, die Mächte hätten sich nicht nur verpflichtet, in Oberschlesien die Grenzfrage zu regeln gemäß den Wünschen der Bevölkerung, sondern sie mühten auch vermeiden, daß ein Land, das Kohle, Binn und Blei zum größten Teile für den europäischen Kontinent liefert, zum Schauplatz eines erblichen Bürgerkrieges werde.

Berlin sagt in „Echo de Paris“, nachdem er den Standpunkt vertreten hat, man könne den polnischen Staat nicht dadurch schädigen, daß man ganz Oberschlesien als einen einzigen Wahlbezirk betrachte, die Frage auf, ob die Verbindung, die Rennes und seine Anhänger zwischen der ober-schlesischen und der Reparationsfrage hergestellt haben, nunmehr in die Erscheinung treten werde. Im November habe die französische Regierung die Unvorsichtigkeit begangen, in einem Abkommen, das zwischen England und Frankreich abgeschlossen wurde, diesen Gebieten anzugewöhnen. Wenn man sage, Deutschland werde und so eher bezahle es reicher es sei, so beweise man die größte Unkenntnis mit Bezug auf unsere politische Psychologie.

Der „Figaro“ und die meisten kleineren Blätter vertreten durchweg den Standpunkt, daß das Bergbaugesbiet an Polen fallen müsse.

Gustave Hervé sagt in der „Victoire“, der Friedensvertrag von Versailles lasse die Verteilung nicht zu, sondern ordne sie sogar an. — „Ereignisse“ macht darauf aufmerksam, daß man den deutschen Standpunkt in Betracht ziehen müsse. Wirtschaftlich und geographisch gehöre das Gebiet, das eine polnische Mehrheit ergeben habe, zu dem Gebiete mit deutscher Mehrheit. Man müsse also eine gewisse Rücksicht nehmen auf den wirtschaftlichen Zusammenhang, der sich aus selbe in den Verkehrsbeziehungen, sowie in allen Hilfsmitteln, die für die Industrie notwendig seien.

Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit in England

Die englische Regierung hat die Arbeitgeber des Baugewerbes ermahnt, während jeder Jahre 50 000 demobilisierte Soldaten zu beschäftigen. Für jeden demobilisierten Soldaten, der beschäftigt wird, will die Regierung den Arbeitgebern eine Beihilfe von 10 Schilling pro Woche während der ersten sechs Monate und von 5 Schilling pro Woche für die nächsten sechs Monate gewähren. Die Arbeitgeber haben diesen Vorschlag angenommen.

Er versuchte noch ein paar mal stehen zu bleiben, doch hörte er immer gleich darauf derartige Bornesausbrüche, daß er ängstlich weiterfuhr. Dann schlug er auf seine schweißgebadene Nase ein und fuhr weiter, ohne sich um Schutthaufen zu kümmern, holpernd und wackelnd und fast meidend vor Durst und Müdigkeit.

Die Arbeiter auf den Säen und am Ofen, die Spießbürger in den Straßen machten große Augen bei diesem in der Provinz so ungewöhnlichen Anblick. Da fuhr ein Wagen eine ganze Meile dahin, mit herabgelassenen Gardinen, hermetisch verschlossen als ein Grab und schwankend wie ein Schiff auf See.

Einmal nur, mitten im Felde brannten, als die Sonne am heißesten brante, erschien eine kleine weiße Hand unter dem Fenstervorhang und warf Papierfingel heraus, die im Winde wie Schmetterlinge dahinfatterten und auf ein rotblühendes Kleeefeld fielen.

Im sechs Uhr abends hielt der Wagen in einer Nebenstraße des Stadtteils Beauvoisine. Eine verschleierte Frau stieg heraus und schritt, ohne sich umzusehen, davon.

Als Madame Bovary in ihrem Hotel anlangte, sah sie mit Erstaunen, daß die Postkutsche schon abgefahren war. Obert hatte dreiundfünfzig Minuten auf sie gewartet und dann geglaubt, sie habe ihre Pläne geändert.

Es zwang sie zwar nichts, schon heute abzureisen, aber sie hatte versprochen, heute zurückzukommen, und Karl erwartete sie. Jetzt empfand sie in ihrem Herzen die feige Folgsamkeit, die für viele Frauen die innere Strafe und Buße für den Ehebruch ist.

Sie packte schnell ihren Koffer, bezahlte ihre Rechnung, nahm eine der Koffer in die Hand und drückte den Kutscher, recht schnell zu fahren, damit sie die „Schwalbe“ noch einholen konnte. Von Zeit zu Zeit erkundigte sie sich nach der zurückgelegten Kilometerzahl, und richtig errechnete sie die „Schwalbe“ bei den ersten Gehäusen von Canteampois.

Raum sah sie in ihrer Ecke, so schloß sie die Augen und schlief ein. Emma erwachte erst wieder, als Felicie durch das Guckfensterchen ihr geheimnisvoll in den Wagen hinein zuschüffelte: „Madame möchten doch gleich zu Herrn Somais kommen, es ist etwas sehr Dringendes.“

Der Hefen war still wie immer. In den Straßenesten und Winkeln lagen dampfende Käuften ausgepreßter Himbeeren oder Johannisbeeren; es war die Einmachzeit für das Vereinenobst, und ganz Dombville bejagte dies häusliche Geschäft

Die Schulden Frankreichs

Die Sitzung des Senats am Dienstag war der Diskussion des Haushalts für 1921 gewidmet. Der Generalberichterstatter erklärte, daß die Schuld Frankreichs sich auf 309 Milliarden belaufen werde, darunter seien 83 Milliarden auswärtige Schulden. Die gesamte Kriegsschuld wird auf 218 Milliarden geschätzt. Davon sind schon 80 Milliarden aus die Rechnung Deutschlands eingestellt worden.

Streiks und Unfähigkeit in Mitteldeutschland

Ein verbrecherischer Anschlag ähnlich dem kürzlich bei Ammendorf durch Lockerung der Gleise verübten Attentat, ist am Dienstag abend in nächster Nähe von Halle begangen worden. Zwischen Dieslau und Gräbers hatten die Verbrecher die Gleise bahnlähmend gelöst. Als der 10.38 Uhr von Halle abfahrende D-Zug 151 die betreffende Stelle erreichte, entgleisten infolgedessen drei Personenzüge, der Postwagen und die Maschine. Ein Postbeamter, der Lokomotivführer und zwei Reisende wurden verletzt. Sofort, nachdem sich das Unglück ereignet hatte, ging ein Hilfszug nach der Unfallstelle ab und gleich darauf ein zweiter mit einer Abteilung Kriminalbeamten und Spürhunden.

Die Arbeiterschaft bei den Lösswerken, die ungefähr 22 000 Arbeiter umfaßt, hat den Betriebsrat abgesetzt und einen Arbeiterausschuß gewählt. In den Werken wird händlich mit dem Streikausbruch gerechnet werden. Die elektrische Kreisbahn Hedstedt-Geltha hat ihren Betrieb eingestellt.

Die Kommunisten hatten vier Versammlungen einberufen, in denen zu den Ereignissen in Mitteldeutschland Stellung genommen wurde. In einer der Versammlungen erklärte Frau Fischer, der neue Schlag der Gegenrevolution müsse in Mitteldeutschland geführt werden, weil dort die geschlossenen Kampftruppen der kommunistischen Partei stehen und weil sich dort das revolutionäre Hinterland befindet. Wenn die Kommunisten Mitteldeutschlands niederzuschlagen würden, dann sei Berlin isoliert. Deshalb sei es Pflicht des mitteldeutschen Proletariats, marschbereit zu sein.

Bezahlte Lockspiegelitätigkeit der deutschen Kommunisten

Die wüsten Hezereien der kommunistischen Presse in den letzten Tagen fordern zum schärfsten Widerspruch heraus. Die Herrschaften, die teils von Rußland, teils von Polen bezahlt werden, sind, nach ihren Leistungen der letzten Tage zu urteilen, sicher teilweise auch im Solde deutscher Gegenrevolutionäre. Die „Rote Fahne“ fordert die Arbeiter auf, sich Waffen anzueignen, auf die Gehebe zu weifen und in Mitteldeutschland inszenieren die kommunistischen Lockspiegel einen verbrecherischen Generalstreik.

Die unabhängige Berliner „Freiheit“ sieht sich genötigt, gegen die elenden Treibereien der Kommunisten diese Mahnung zu richten:

In der „Roten Fahne“ wird die unverantwortliche Provokationsstaktik fortgesetzt. In frechstem Leichtsinne suchen die anonymen Drahtzieher die Arbeiter zu bewaffneten Aktionen zu verleiten und in ein unabschließbares Abenteuer zu verwickeln.

Dieses Treiben ist Wahnsinn. Während in dem Auftruf die unbewaffneten Arbeiter aufgefordert wurden, mit der Waffe in der Hand die Gegenrevolution niederzuschlagen, wird im Leitartikel zugegeben, daß keine „Rote Armee“ existiert. „Sie würde — heißt es da weiter — auch immer nur ein schwaches Gebilde sein gegenüber der wohlorganisierten Kraft der Konte-revolution.“ Die Burschen wissen also, daß die Arbeiter waffenlos sind, sie erschließen selbst, daß die Gegenrevolution wohlorganisiert und waffenbewaffnet ist und in demselben Augenblick fordern sie die Arbeiter zum bewaffneten Kampf auf!

Zugleich zeigt es deutlich, daß die Kommunisten auf Druck von außen hin handeln. Die Aktion der Kommunisten ist Gelegenheitsmacher für die Reaktion. Die Linkspolitischen arbeiten den Rechtspolitischen in die Hände. Diesem sollen Gebären muß die Arbeiterschaft geschlossen und eins entgegen-treten. Es ist unverantwortlich, die deutsche Arbeiterbewegung einer blutigen Niederlage auszuliefern.

Die Arbeiter dürfen sich jetzt nicht von den kommunistischen Agitatoren terrorisieren lassen, sie haben ihnen mit aller Energie und aller Bestimmtheit entgegenzutreten, keiner kommunistischen Parole darf Folge geleistet werden!

an einem Tage. Vor der Apotheke aber lag ein viel größerer Soufen. Er übertrug die anderen genau um so viel, als ein Laboratoriumssofen gewaltiger ist als ein Küchenherd, ein allgemeines Bedürfnis beachtenswerter als eine individuelle Laune.

Emma trat ein. Der große Kautschuk war umgeworfen und lag auf der Erde neben der „Fadel von Rouen“ zwischen zwei Mörsersteinen. Sie stieß die Tür zum Korridor auf und erblickte in der Küche, inmitten von braunen Töpfen, abgetriebenen Johannishereen, geriebenem Zucker, Zuckerküden, Wogen auf dem Tische und dampfenden Kesseln auf dem Ofen die ganze Familie Somais in Schürzen, die bis zum Kinn hinaufgingen und mit Gabeln in den Händen. Justine stand mit gesenktem Kopf in der Mitte, und der Apotheker schrie ihn an: „Wer hat dich gehalten, den Kessel im Kapernraum zu holen?“

„Was gibts, was gibts?“

„Was es gibt!“ rief der Apotheker. „Wir machen Obst ein. Es kocht und will überlaufen. Ich rufe nach einem anderen Kessel. Aus Dummheit, aus Faulheit, was weiß ich warum, nimmst du den Dummkopf den Schlüssel zum Laboratorium vom Nagel, den Schlüssel vom Kapernraum.“

So nannte der Apotheker nämlich sein Laboratorium, eine Dachkammer, in der er alle Waren und Utensilien, die er in der Apotheke brauchte, aufbewahrte. Manchmal brachte er ganze Stunden dort zu, eitelte, hoch Flüssigkeiten aus einer Flasche in die andere, band Rädchen auf und zu. Der Raum war für ihn eigentlich kein einfacher Arbeitsraum mehr, sondern ein Heiligtum, aus dem er alle Arten von Wässern, Rahmcremen, Weidamenten und Kulvern, die seinen Ruhm vergrößerten, in die Umgegend schickte. Niemand durfte seinen Fuß in diese Kammer setzen, Somais reinigte sie sogar selbst. Wenn seine Offizin unten der Schaulust war, so war dem sich sein Selbstgefühl konnte, so war diese Kammer der Ort, an dem er vor sich selbst groß dastand. Das Eindringen seines Knecht-burischen erschien ihm als ein Akt höchster Frechheit und Respektlosigkeit.

Nöter im Gesicht als seine Himbeeren, wiederholte er: „Aus Kapernraum geht der Mensch, nimmt den Schlüssel, der die Samen und Gifte einschleift, und bringt mir einen Rieserweffel herunter, einen Kessel mit Deckel, den ich noch nie im Gebrauch zu nehmen genagt habe. Er war für die wichtigsten Zwecke unserer Kunst bestimmt und nicht für diese banale häusliche Kocherei; man muß doch einen Unterschied machen. Das ist ja beinahe, als ob man ein Euhm mit dem Segiermesser transchierete...“

(Fortsetzung folgt.)

Unser Sieg in Oberschlesien

Aus Berlin: wird uns geschrieben:

Während in ländlichen und rein südlichen Kreisen die Mehrheit der Abstimmungen für Deutschland teilweise bis über neunzig Prozent answies, ist sie in den volkreichen Industrieorten, vor allem der Kreise Pleß und Abnitz und in dem südlichen Winkel westlich niedriger gewesen und hier und da sogar einer polnischen Mehrheit gewichen. In diesen hat Ober-schlesien als Gesamtheit abgestimmt und da es ein einheitliches Wirtschaftsgebiet ist, so ist die Volksabstimmung auch einheitlich zu bewerten. Der deutsche Erfolg darf nicht aus der Welt diskutiert werden.

Das ist notwendig mit aller erforderlichen Klarheit schon heute auszusprechen. Denn mit dieser Abstimmung ist das Schicksal Oberschlesiens noch nicht entschieden. Vielmehr werden jetzt die hohen und höchsten Räte des Siegerbundes versuchen, auf Grund des Friedensvertrages das zweifelhafte Recht des deutschen Volkes umzubiegen. Man beruft sich auf den Friedensvertrag, der den alliierten Mächten das Recht gäbe, unter Berücksichtigung der Abstimmung die Grenzen Oberschlesiens festzusetzen. Der Friedensvertrag, der die Abstimmung für Oberschlesien vorseht, sagt in seinem Artikel 88:

„Die Regelung, gemäß der diese Volksabstimmung vorzunehmen und ihr Folge zu geben ist, bildet den Gegenstand der Bestimmungen der beigefügten Anlage.“

In der Anlage wird im § 4 festgesetzt, daß das Abstimmungsergebnis gemeindefreie und zwar nach der Mehrheit in jeder Gemeinde festgesetzt werde. Dann heißt es weiter im § 5 der Anlage:

„Bei Abschluß der Abstimmung wird die Stimmenzahl in jeder Gemeinde den alliierten und assoziierten Hauptmächten von dem (interalliierten) Ausschuss mit einem erscheidenden Bericht über den Wahlausgang mitgeteilt. Bezüglich ist ein Vorschlag über die Oberschlesien unter Berücksichtigung der Willensäußerung der Einwohner sowie der geographischen und wirtschaft-

lichen Lage der Ortschaften als Grenze Deutschlands anzunehmende Linie.“

Es steht nicht in dem Vertrage von Versailles, daß die alliierten Mächte an diesen Vorschlag ihres Ausschusses gebunden seien. Vielmehr ist nur davon die Rede, daß der Ausschuss den deutschen Behörden mitzuteilen habe, sobald die Grenzlinie von den alliierten Mächten festgelegt ist, daß die deutschen Behörden die Verwaltung des als deutsch anerkannten Gebietes wieder zu übernehmen haben. Diese Übernahme soll im Laufe eines Monats nach der Benachrichtigung erfolgen.

Der Wortlaut dieser Bestimmungen läßt also den Alliierten die Freiheit, die Abstimmung nach ihrem Gutdünken zu bewerten. Sie können einzelne Gemeinden für polnisch und die Nachbargemeinden für deutsch erklären. Sie können auch unter dem Sammelbegriff „geographische und wirtschaftliche Lage der Ortschaften“ eine mehr oder weniger willkürliche Zerstückelung des ober-schlesischen Wirtschaftsgebietes vornehmen und mit dem Durchbruch des Vertrages zu dem Versuch, aber sie müssen sich darüber klar sein, daß eine solche Zerstückelung im Widerspruch zu der Gesamtbestimmung stünde und daher von Deutschland niemals als zurecht bestehend anerkannt würde.

Eine Teilung liegt weder im Interesse Oberschlesiens, noch Polens oder Deutschlands. Es handelt sich in Oberschlesien um das wichtigste Industriegebiet, das für die deutsche Wirtschaft und besonders für die Zahlungsfähigkeit Deutschlands gegenüber seinen Gläubigern unerlässlich ist. Es muß deshalb alles daran gesetzt werden, um zu verhindern, daß trotz des deutschen Sieges von den Entente-Mächten der wichtigste Teil Oberschlesiens nämlich der Industriebezirk, von Deutschland losgerissen wird.

Ist der deutsche Erfolg an sich schon ein erfreulicher, so wird er noch besonders unterstrichen durch die Tatsache, daß er nicht zuletzt dem republikanischen Gedanken geschuldet ist. Wäre noch das alte monarchistische Unterdrückungssystem am Ruder, so wäre zweifellos die Freude der Oberschlesier im Reich an der Erhaltung ihrer Heimat nicht groß gewesen.

Die Vergütung für Handarbeits- und Haushaltungsgelerntinnen ist durch das Staatsministerium festzusetzen. Die Amtsbezeichnungen der Beamten können durch das Staatsministerium geändert werden; doch soll bei solchen Veränderungen mit den betreffenden Organisationen verhandelt werden. Mit dem Vollzug des Gesetzes wird das Finanzministerium ermächtigt, das ermächtigt wird, bei besonderen Verhältnissen eine abweichende Regelung zu treffen.

Bezüglich der Teuerungszulage wird folgende Entschliebung vorgeschlagen, um den unteren Gehaltsklassen beizuspringen und die Teuerungszulage sozialer zu gestalten:

Das Staatsministerium wird ersucht, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß für die Dauer der gegenwärtigen Teuerung allen planmäßigen und den berechtigten außerplanmäßigen Beamten, deren Bezüge an Grundgehalt und Grundvergütung und Ortszuschlag nicht entsprechend dem Teuerungszuschlag zusammen die Beträge von 10 000—13 000 M, abgeholt nach Ortsklassen, nicht erreichen, der Unterschied als Ausgleichszuschlag zum Teuerungszuschlag bezahlt wird. Bei einer Teuerung des zurzeit festgesetzten Teuerungszuschlags wären auch die genannten Beträge entsprechend zu ändern.

Eine weitere Entschliebung verlangt, daß auf die bei der Neuregelung gewählten

Vorläufige versichert wird, falls sich das Grundgehalt zwischen 11 700 und 13 000 M bewegt.

Der Aufwand für die gesamte Besoldung der badiischen Beamten beträgt für 1921 353 182 602 M. Der Ausschuss empfiehlt einmütig die Annahme der Vorlage. Alle Parteien waren bemüht, den Beamten zu geben, was recht ist und gleichzeitig auf die Möglichkeiten unserer finanziellen Grundlage Rücksicht zu nehmen.

Hr. Dr. Lefter (Dem.) berichtet namens des Ausschusses über die Eingliederung der Beamten in die Besoldungsordnung. Die ursprünglich in Aussicht genommene Höherstellung gewisser Beamtengruppen scheiterte an der Finanzlage des Staates. Bei Stellen, die jetzt niedriger eingestuft werden, ist veranlaßt worden, daß die bisherigen Inhaber das bisherige Gehalt weiter beziehen.

Hr. Dr. Baumgartner (Ztr.) weist darauf hin, daß bei der Besoldungsordnung auf die finanzielle Lage Rücksicht genommen werden mußte. Das Sperrgesetz von unserer Wirksamkeit Grenzen. Wenn die Besoldungsordnung auch nicht alle Wünsche erfüllt, so bringt sie doch Besserung.

Hr. Marum (Soz.): Unser Wille war es bei der Besoldungsordnung, den Beamten, namentlich den mittleren und unteren Gruppen eine weitere Besserung ihrer Lage zu bringen. Durch das Reichssperregesetz

finden wir uns in einem Käfig, in dem wir immer wieder anstoßen. Wir ermoogen in der Fraktion ganz ernstlich gegen diese Bestimmungen Einspruch zu erheben. Doch wäre dieser Weg zu gefährlich. Die Besoldungsordnung gefällt uns in keiner Weise. Namentlich der körperlichen Arbeit ist nicht genügend Rechnung getragen worden. Man hätte die vielen Gruppen mehr zusammenlegen können. Die Zahl der Gruppen ist entschieden zu viel, das gleiche gilt für die 5 Ortsklassen. Im Reichsanzeiger sind die Teuerungszulagen nicht prospectual geregelt, was sozial ungerecht wirkt. Bei den Teuerungszulagen handelt es sich um einen Notbehelf und man sollte hier

den unteren Klassen mehr entgegenkommen. Trotz Besserung ist die Bezahlung der Beamten immer noch nicht ausreichend. In wenigen Jahren muß man jetzt die Sünden jahrzehntelanger künstlicher Niederhaltung gutmachen (Sehr richtig!). Erschwerend wirkt hierbei die Entwertung des Geldes, die Teuerung und die Finanzmisse des Staates. Die Beamten haben recht, eine geregelte Bezahlung zu verlangen. Auf der anderen Seite stellt die Finanznot des Staates eine Obergrenze; denn die Beamten selbst haben ein Interesse daran, daß der Staat zahlungsfähig bleibt. In der

Republik hat der Beamte ganz andere Möglichkeiten sich zu betätigen als früher; dies muß von den Beamten anerkannt werden. Im alten System erklärte sich der Finanzminister nicht in der Lage, mit den Beamten verhandeln zu können. Heute sind die Beamten in ein Vertragsverhältnis gekommen. Tatsächlich würden die Beamten besser fahren, wenn sie weniger Einzelwünsche äußern würden und dafür immer klarere Forderungen erheben würden. Die Beamten sollten weniger nach Titel streben, die stark atavistisch anmuten. Zu bemängeln ist auch der Rostengeist und der Funktionärdünkel unter den Beamten. Dieser schädigt die Beamten ungemein und macht draußen die Vertrie-

Es handelt sich also nicht um die Nahrung der Arbeiterschaft zur revolutionären Erhebung, sondern um die niedrige Lage unverantwortlicher Subjekte und anonymer Heilige. Was ist geschehen? In Deutschland nichts, was ein derartiges Vorgehen begründet erscheinen lassen könnte. Die Leistungen der Reaktion sind nicht neu und sie tragen in jüngster Zeit keine Merkmale unmittelbarer Gefahr zur Schau. Dagegen scheinen in Russland Dinge vorzugehen, die es den russischen Oberbehörden der kommunistischen Bewegung zweckmäßig erscheinen lassen, irgendwo in der Welt einen Brand zu stiften. Müht sich der neue Parteivorstand verpflichtet, seine und seiner Vorgänger großmütige Versprechungen einzulösen durch ein halbschweiges Spiel? Ist dem so, dann finden wir es begreiflich, daß dieser neue Parteivorstand zwar das Leben von Arbeitern leichtfertig aufs Spiel setzt, den eigenen Hals aber in Sicherheit bewahrt, indem er in anonymer Anonymität auftritt.

Wir unterschreiben Wort für Wort diese Charakterisierung der deutschen Kommunisten und ihres verbrecherischen Treibens. Von den aus allerlei unsauberen Quellen finanziell gespeisten Kommunisten muß die Arbeiterschaft mit aller Energie abriden und ihnen energisch entgegenzutreten.

Monarchistische Treiberien Kontre-revolutionärer Offiziere

Der Verband nationalsozialistischer Soldaten, eine Gründung der Firma Ludendorff, Oberst Bruer, Hauptmann Pabst, betreibt eine geistreiche Propaganda. Anfang März fand in den Kammerjahren in Berlin eine Versammlung statt, über die der „Freiheit“ folgendes berichtet wird:

Der Vorsitzende führte u. a. aus: Wir sind erschienen, um einen Mann der Tat, der sich der Regierung Oberst-Scheidemann feinerzeit zur Verfügung stellte, zu hören: Oberst Reinhardt. Der Große Kurier kam feinerzeit mit einem Stock aus Holland und so wird auch in der Zukunft ein Mann aus Holland kommen, der uns wieder unsere alten Zeiten, der Glanzzeit der preussischen Armee, entgegenführt wird.

Oberst Reinhardt: Wir wideln nicht ab, wir bauen auf. (Anhaltender Beifall.) Wir wollen die alte Armee wieder haben. (Zofender Beifall.) Nicht die Reichsbank hält das deutsche Reich zusammen, sondern die Armee. Noch einige Worte an die Frauen. In den Händen der Frauen liegt die Erziehung des kommenden Geschlechtes. Rache und Haß muß unsere Kinder anerkennen werden. (Minutenlanges Beifall.) Nach Bayern müssen wir schauen. Wir müssen die Kräfte haben, den Vertrag von Versailles in Fesseln zu greifen.

Als nächster Redner sprach Major von der Lanck. Er sagte am vorigen Sonntag war er im nationalen Klub, eine geschlossene Gesellschaft in der Sommerstraße 6, in welchem Herr Fischer sprach. Fischer führte aus: „Ich hole mir meinen König wieder und ihre Krone müßt Euch Eure Hohenzollern wieder holen. Was ist denn die „rote Armee“? Die „rote Armee“ ist eine Schweinebande. Sie muß kaputt gemacht werden!

In das Schlusswort des Vorsitzenden wurde auf S. M. unsern allergnädigsten Kaiser und Herrn und seiner Familie ein dreifaches Hurra ausgebracht.

Die bescheidenden Deutschnationalen

Die Deutschnationalen haben „aufgrund des Wahlergebnisses“ u. a. folgende Forderungen für den Fall ihres Eintritts in die Preußenregierung aufgestellt: Herstellung einer sachgemäßen, unparteiischen, von unbrauchbaren (lies sozialdemokratischen) Elementen gereinigten Verwaltung, Beilegung des bauerneindlichen Landwirtschaftsministeriums (Ersetzung durch einen Junker! D. Red.), Beilegung des jetzigen Kultusministeriums und Verlegung eines solchen, der Schulziehung im christlichen und vaterländischen (will sagen hurrapatriotischen) Geiste verbirgt. Strengste Sparpolitik (keine Willkür in der Hohenzollern?). Ausgestaltung der Steuererhebung, die eine weitere wirtschaftliche Ausböhlerung des Mittelstandes vermeidet und dafür eine um so kräftigere Ausböhlerung der Einkommensteuer der oberen Beinhäufung fordert. Nicht, wahr, meine Herren, das könnte Ihnen so passen?

Die Tätigkeit des badiischen Landtages

gr. Was der Tätigkeit des badiischen Landtags in dem letzten Tagungsabschnitt zwischen Neujahr und Ostern das Gepräge gibt, ist seine intensive Arbeit. Unter starker Juridikdämmung parteipolitischer Auseinandersetzungen, die nur bei der fogen. Fadelzungebehalte — mit einer Niederlage der Deutschnationalen — die Auffassungen starker aufeinanderstießen, widmete sich der Landtag in zahlreichen Plenar- und Kommissionen der praktischen Arbeit im Dienste des Neuaufbaues. So gelang es ihm denn auch, neben der Behandlung zahlreicher Petitionen und Interpellationen, den 2. Nachtragsetat und beschiedene hochbedeutungsvolle Gesetze zu erledigen.

Unter den neugefassten Gesetzen stehen an erster Stelle das Siedelungsgesetz und das Landwirtschaftskammergesetz. Durch das badiische Ausführungsgesetz zum Reichssiedelungsgesetz sind dem badiischen Siedelungswesen neue Bahnen eröffnet worden, die, wenn wir auch weitgehende Wünsche haben und bedauern, daß uns durch das Reichsgesetz mancherlei Wege verschlossen sind, uns landwirtschaftliches Neuland erschließen können, sofern sich bei den Beteiligten zäher Wille mit kluger Sachkenntnis paart. Vor allem muß das Siedelungsgesetz aber auch dazu dienen, durch soziale Indienststellung des Streubettes dem Kleinlandwirt und Arbeiter landwirtschaftlich entgegenzukommen.

Beim Landwirtschaftskammergesetz kam es vor allem darauf an, die Zusammenfassung der Landwirtschaftskammer den demokratischen Forderungen unserer Zeit anzupassen und die Geschäfte der Kammer — das ihr gebührende Maçon zurückzuführen. Dies ist, vor allem dank der eifrigen Mitarbeit der sozialdemokratischen Fraktion, gelungen. Aufgebaut auf dem allgemeinen gleichen Wahlrecht unter Anwendung des Verhältniswahlmodus und bei besonderer Vertretung der Arbeiterschaft ist es unter zweckmäßiger Regelung des Geschäftsgebietes der Kammer erreicht worden, das badiische Landwirtschaftskammergesetz in befriedigender Weise für die Landwirtschaft auszuweisen, so daß sich die Gegner dieses Gesetzes — 5 Mitglieder der Zentrumspartei — durch ihre ablehnende Haltung selbst gerichtet haben.

Von großer Bedeutung für viele Schichten unseres Landes sind schließlich noch die Gesetze über die Besoldungsordnung und über die Bezüge der Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen. Durch die Änderung des Besoldungsgesetzes und der Besoldungsordnung ist endlich dem bisherigen Provisorium ein Ende gemacht und die Neugliederung vollendet worden. Wenn auch durch das Reichssperregesetz und durch die Finanzlage uns vielfach die Hände gebunden waren und die speziellen sozialdemokratischen Wünsche nach einer viel weiter gehenden Vereinfachung der ganzen Materie lauten, so bedeutet das Ge-

setz, das zahllose Schwierigkeiten passieren mußte, doch einen starken Schritt nach vorwärts. Ebenso aufwärtsweisend ist auch das Gesetz über die Neuregelung der Bezüge der Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen, wodurch deren Bezüge, soweit als möglich, den Teuerungserwartungen unserer Zeit angepaßt wurden, als eine bringende Notwendigkeit für die Lebenshaltung dieser oft schwer bedrängten Kreise.

Längere Zeit nahm den Landtag vor allem die Erledigung des 2. Nachtragssetats in Anspruch, der einstimmige Genehmigung fand. Während der Etat des Arbeitsministeriums, der eine Reihe wertvoller sozialer Forderungen enthielt, beim nächsten Nachtragsetat noch eine weitere gründliche Ausprache erfahren soll, gab es über andere Geschäftsbereiche bereits längere Besprechungen. So stießen seitens der bürgerlichen Parteien mannigfache Seitenhiebe gegen den Laßtudenten, den dann unsere Genossen als Vorkämpfer der deutschen Revolution verteidigten und feierten. Weitere Forderungen unserer Fraktion bildeten vor allem die stärkere Beziehung der Arbeiter als Schiffs- und Besatzmänner, eine zeitgemäße Fürsorgeerziehung, die Beschaffung billiger Düngemittel für die Landwirtschaft und die Erziehung der Jugend im Sinne einer friedlichen Demokratie.

Alles in allem muß zugestanden werden — es zeigt sich dies am besten an der Ordnung unserer Finanzen und an der Ruhe und Ordnung unseres Landes —, daß die aus dem badiischen Landtag hervorgegangene Regierung in vollem Maße die Pflicht erfüllt, wofür der Landtag durch seine wirkungsvolle Mitarbeit ein großes Teil des Verdienstes auch für sich nehmen kann. Die Koalitionsmehrheit kann deshalb in Ruhe den im Herbst stattfindenden Landtagswahlen entgegensehen und die sozialdemokratische Fraktion und ihre Regierungsmitglieder können für sich in Anspruch nehmen, wertvolle Mitarbeit im Dienste des Neuaufbaues geleistet zu haben. Notwendig ist allerdings, daß in aller nächster Zeit die noch ausstehenden Gesetze zur Beratung und Beschließung kommen, wozu wir in erster Linie die neue Gemeindeordnung, das Wörpelschaftsfürsorgegesetz, das Gesetz über die Aufhebung der Stammgüter, die Steuererhebungsgesetze und die Angleichung der badiischen Verfassung an die Reichsverfassung rechnen.

Badische Politik

Zum heutigen 70. Geburtstag des Zentrumsgesandten Dr. Schärer, Oberlandesgerichtspräsident in Karlsruhe, sprach die sozialdemokratische Landtagsfraktion in einem Schreiben ihres Vorsitzenden die herzlichsten Glückwünsche aus. „Wir wünschen Ihnen“, fährt das Schreiben dann fort, „daß Sie noch recht lange in der bisherigen geistigen Frische und Regsamkeit in Ihrem Amt und als Kollege im Landtag tätig sein können. Die langen Jahre, während welcher Sie in der Politik stehen, haben oft dazu geführt, daß wir in gegensätzlicher Stellung zueinander uns befanden. Trotzdem haben wir immer anerkannt, daß Sie von dem besten Willen befeuert waren, dem Volke zu dienen und daß Sie aus ehrenhafter Bestimmung heraus den Kampf anständig geführt haben.“

Badischer Landtag.

gr. Karlsruhe, 22. März.

34. öffentliche Sitzung

(Schluß.)

Das Besoldungsgesetz

Hr. Marum (Soz.) berichtet namens des Ausschusses über die Kommissionsverhandlungen über das Besoldungsgesetz und schlägt die Annahme gemäß den Kommissionsbeschlüssen vor. Ausdrücklich wurde in das Gesetz aufgenommen, daß die Minister kein Ruhegehalt und keine Hinterbliebenenversorgung beziehen im Sinne der Verfassung. Beim Eintritt aus einer Besoldungsgruppe in eine höhere erhält der Beamte stets den nächsthöheren Gehaltsfuß. Beim Eintritt eines Beamten aus einer höheren in eine niedrigere Besoldungsgruppe wird das Besoldungsdienstalter durch das zugehörige Ministerium und dem Finanzministerium festgesetzt. Vergütungen für über das festgesetzte über übliche Arbeitsmaß hinausgehende Dienstleistungen können den Beamten nur auf Grund gesetzlicher Bestimmungen oder der Genehmigung im Staatsvoranschlag bewilligt werden. Betsach war die Kommission durch das Reichssperregesetz in ihren Entschliebungen gesammelt.

Von den Beamten wurde besonders die Entschliebung des Ausschusses bezüglich der sozialeren Gestaltung der Teuerungszulagen begrüßt. Zu einer Milderung des Gebührensystems für die Gerichtsvollzieher konnte man sich im gegenwärtigen Moment nicht entschließen, doch kam man ihnen in anderer Hinsicht entgegen. Der Grundgehalt der Hochschulprofessoren und der Professoren an Meisterschulen für bildende Künste wird durch das Staatsministerium festgesetzt, um die Möglichkeit zu haben, hervorragende Lehrkräfte für Baden zu gewinnen, nachdem in dieser Hinsicht eine Rivalität unter den deutschen Hochschulen besteht. Wenn die Besoldungsordnung der Lehrer erhöht wird, muß den Städten die Möglichkeit gegeben werden, die Rufe zwischen Reichsbesoldungsordnung und badiischer Besol-

Dis-
genera-
sch auf
illio-
wird
Milliar-
n.
land
ei Am-
ist am
orden.
Eiten-
stehende
infolge-
schme-
e wur-
hätte,
auf ein
hundert
angefä-
d einer
ich mit
eisbahn
Berufen.
Stellung
die Frau
Mittel-
in Kampf-
sich dort
munisten
Berlin
retariats,
hen
e in den
heraus.
in Polen
Lage
Gegen-
iter auf,
und in
Landpit-
sich ge-
munisten
e Provo-
uchen die
tionen zu
wideln.
in Aufauf
der Waffe
im Zeit-
würde.
liches Ge-
r Kontre-
waffen-
sorgzänig
fordern
auf Druck
in die
genen ge-
stollen Ge-
entgegen-
ebewegung
munistischen,
aller Erne-
komm-

ung ihrer Wünsche schwer verständlich sehr zu beklagen ist auch der Zusammenstoß der Beamten gegen Eindringlinge von außen und Eindringlinge von unten. Die Art, wie gegen die Vereinnahmung von Arbeiterkreisen in die sozialen Versicherungsanstalten in der Provinz gehandelt wurde, wirkt merkwürdig. Wenn dagegen Offiziere in die Versorgungsämter einrücken, dann hört man keinerlei Bemerkungen der Juristen dagegen. In der Art des heutigen Bedienungssystems liegen schwere Gefahren. Die Differenz in den Gehältern zwischen den oberen und unteren Beamtengruppen ist erheblich. Ich habe Verständnis dafür, daß die Beamten der höchsten Staatsstellen entsprechend ihrer Verantwortung bezahlt werden. Was den ist, wie ich bemerken möchte, bei diesen höchsten Staatsstellen nicht so weit gegangen, als andere Länder. Eine weitere Lösung bedeutet uns die weitgehendste Durchführung der

Gleichberechtigung der Frau.
Wir begrüßen es, daß Politik und Genossenschaft entsprechend ihrer Bedeutung für den Staat des Landes entsprechend festgestellt wurden. Schöner gemacht wurde uns die Zustimmung zur Einführung der Lehrer.

Vor allem hätten wir eine andere Einführung der Gewerbelehrer gewünscht. Wir stehen voll und ganz auf dem Standpunkt der Funktionärstellen. Wir bedauern, daß unsere Wünsche nicht erfüllt wurden. Es war ein tatsächlicher Fehler der Lehrer, f. B. die Einführung unter die Beamten zu verlangen. Angesichts der mannigfachen Vorteile für die Ansicht, daß man der Befolgsordnung zustimmen kann, selbst wenn man weitergehende Wünsche hat. Je stärker die Lohnarbeiterschaft in den Parlamenten vertreten ist, umso stärkerer Widerstand werden die Forderungen der Beamten finden. Als Stütze auf dem Wege zur Durchführung der Wünsche der Beamten sollten wir die Befolgsordnung zu. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Dr. Glöckner (Dem.) erklärt seine Zustimmung zur Befolgsordnung und bedauert, daß nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten. Was die Herren Markloff und Jägelmeyer-Langenbrüden betrifft, so halte ich sie für Versicherungsamtswärter geeignet. Wir sind für die Funktionszulagen der Lehrer. Ob die Voraussetzungen für die gleiche Bezahlung der Frauen wie der Männer in Beamtenstellungen vorhanden ist, ist zweifelhaft. Die Städte sollten andere Amtsbezeichnungen als der Staat haben, wie dies neuerdings bei der Verleihung der Amtsbezeichnung Amtmann an städtische Sekretäre in Mannheim der Fall ist. Derartige Mißbräuche sollte man vermeiden.

Hg. Mayer-Karlruhe (D.N.) gibt zu, daß die ursprüngliche Regierungsvorlage wohl erzwungen war. Der Haushaltsausschuß bemühte sich, wesentliche Verbesserungen vorzunehmen. Sie konnten jedoch nicht durchgeführt werden, weil es an Mitteln fehlte und man mußte zur Regierungsvorlage zurückkehren. Die Bevölkerung muß Verständnis für die Notwendigkeit der Beamtenstellung haben. Wir stimmen der Befolgsordnung zu. Die Wertföschung der Lehrer darf nicht zur Folge haben eine mindere Wertföschung der mittleren Beamten. Durch ungenügend vorbereitete Stelleninhaber wird der alte Beamtenstand geschädigt.

Finanzminister Köhler: Wir sind uns alle einig, daß die Befolgsordnung mehr brachte, als die Abgleichung von Un- ebenheiten. Bezüglich der Gruppe VIII und die Einzelgehälter blieben im früheren Stand. Alle anderen Gruppen erfahren Verbesserungen. Die Staatsregierung hätte gerne noch mehr getan. Aber wir waren behindert durch die Finanzlage, die uns eine trübe Zukunft sehen läßt. Durch die Sanktionen ist unsere Wirtschaftslage sehr verdußtert worden. Auch von der Reichseinkommensteuer werden wir nicht mehr als den Garantie- ertrag bekommen. In den nächsten Tagen werde ich das Er- tragssteuergesetz vorlegen. Wir müssen alles tun, um unsere jetzige Finanzlage aufrecht zu erhalten. Die Regierung dankt dem Haushaltsausschuß, den Berichtstattern und dem Plenum für die Mitarbeit an der Befolgsordnung. Im Gegensatz zum Hg. Marum hoffe ich, daß wir bei einem gewissen Ab- schluß der Befolgsordnung angekommen sind. Zum mindesten sollte Ruhe sein, bis man gesehen hat, wie der 3. Nachtrag sich auswirken wird (Scherheit). Mit den beiden Entschlüssen ist die Regierung einverstanden. In der Regelung des Vor- schusses stehen wir auf dem Standpunkt des Landtags. Denn Rückerhebung von Vorschüssen ist eine sehr mühselige Aufgabe. Für die Erlösung ist vor allem die Reichsbefolgsordnung in Anspruch zu nehmen. Auch in freien Berufen ist die Erlösung außerordentlich groß gewesen und ist es heute noch. An der Abtragung der Mauer des Kostengeistes haben wir außer- ordentlich viel geleistet. Die Annahme des Gesehntwurfs werden wir sofort dem Reichsfinanzminister mitteilen. Wo wir das Sperrgesetz vielleicht überschritten haben, werden wir be- gründen, daß es aus sachlichen Erwägungen geschah, damit das Befolgsgesetz bald in Kraft treten kann. Wir müssen daran denken, daß ein pflichttreuer Beamtenstand das Fundament eines geordneten Staates ist.

Das Befolgsgesetz und die Befolgsordnung werden in beiden Lesungen einstimmig angenommen. Die Entschlüssen 1. bezüglich der erhaltenen Zenerungsansätze für die Beamten von zusammen 10 000—13 000 M. Einkommen; 2. be- züglich der Berücksichtigung auf Rückerstattung der Vorschüsse bei den Einkommen bis 13 000 M. bzw. 11 700 M. werden ein- stimmig angenommen.

Gesehntwurf über die vorläufige Regelung des Staatshaushalts
Hg. Dr. Glöckner (Dem.) berichtet über den Gesehntwurf demzufolge die bisherigen direkten und indirekten Steuern weiter zu erheben sind und die im Staatsvoranschlag vorgesehenen Ermäßigungen auch für das Jahr 1921 gelten mit der Maß- gabe, daß die beiden Jahre eine Voranschlagsperiode darstellen. Die im Staatsvoranschlag samt Nachträgen vorgesehenen Aus- gaben und Einnahmen können danach vollzogen werden. Der Ausschuß beantragt Annahme des Gesehntwurfs.

Der Gesehntwurf wird in erster und zweiter Lesung ein- stimmig angenommen.

Förderung des Kleinwohnungsbaues
Hg. Dr. Baumgartner (Zir.) berichtet über den Gesehnt- wurf über die staatliche Verbürgung von Hypotheken zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen, wonach die hierfür im Geseh vom 6. Juli 1918 vorgesehene Summe von 500 000 M. auf 1 Million Mark erhöht wird. Als Baubanken kommen hierbei nur gemeinnützige Genossenschaften in Frage. Verbind- lichkeiten sind dem Staate hieraus bisher nicht erwachsen. Der Ausschuß beantragt Annahme des Gesehntwurfs.

Der Gesehntwurf wird in erster und zweiter Lesung ein- stimmig angenommen.

Eingegangen ist vom Zentrum ein Antrag auf Aenderung des Fortbildungsschulgesetzes.
Präsident Kopf wünscht dem Hause gute Ferien und teilt mit, daß der Termin der nächsten Sitzung nach Ostern bekannt- gegeben wird.
Schluß der Sitzung 4.45 Uhr.

Gemeindepolitik

Die Wirtschaftslagen der Gemeinden und die Staatsaufsicht
Bei den Besprechungen mit den Amtsvorständen aus den Landeskommissariatsbezirken Heidelberg und Karlsruhe sprach Ministerialrat Dr. Wenzel über die Wirtschaftslage der Ge- meinden und die Staatsaufsicht. Er führte dabei aus, daß es

war den höchsten Gemeinden gelungen ist, ihren Bestand an Aktivvermögen bisher im wesentlichen ungemindert zu bewahren, daß jedoch eine Belastung mit Schulden eingetreten ist, die zu ernstlicher Sorge Veranlassung gibt, zumal die Schuldenlast die Neigung zeigt, in immer rascherem Tempo zu steigen, während den Gemeinden durch die Reichsfinanzreform und zum Teil auch durch die Befreiung des Landes die Hauptsteuerquellen abgegraben sind. Bei Genehmigung neuer Schulden werde größte Zurückhaltung geboten sein. Aufwendungen für die Er- werbslosenfürsorge, für die Nahrungsmittelverbülgung um- dürften nur aus laufenden Mitteln bestritten werden. Grund- liche Prüfung neuer Unternehmungen nach der wirtschaftlichen Seite sei zu fordern, damit verlußtbringende Maßnahme ver- mieden werden. Klare Regelung der Schuldentilgung und ord- nungsmäßige Durchführung derselben müsse gefordert werden.

Besonderes Interesse fand eine Besprechung der schwierigen Lage, in der sich die Gemeinden auf dem Gebiet der Woh- nungsfürsorge befinden. Die badischen Gemeinden haben dafür im Jahre 1920 eine Schuldlast von über 150 Mil- lionen Mark sich aufgebürdet. Die Größe dieser Leistung ist daraus zu erkennen, daß das in ungleich günstigerer finan- zieller Lage befindliche bayerische Land im gleichen Jahr nur 25 Millionen Mark für den gleichen Zweck aufgewendet hat, die es aus laufenden Mitteln zu bestreiten in der Lage war. — Ein- gehende Besprechung fanden auch die Gemeinden nach der Reichsfinanzreform verbleibenden Einnahmemöglichkeiten. Es wurde dabei auch darauf hingewiesen, wie für die Befundung der wirtschaftlichen Lage der Gemeinden von größter Bedeutung sei, daß die unter den ungunstigen Verhältnissen der Kriegs- und Nachkriegszeit da und dort etwas gelockerte Ordnung in der Gemeindeverwaltung wieder streng durchgeführt wird. Dabei wurde u. a. die regelmäßige Vornahme der unvermögten Klassenfürsorge durch die zuständigen Gemeindeorgane, die Wiederaufnahme der Klassenföktionen durch die Staatsaufsichts- behörden und die ungelöste Prüfung der rückständigen Rech- nungen gefordert.

* Konstanz, 22. März. Der Bürgerausschuß genehmigte gestern in nahezu fünfstündiger Sitzung etwa 9/10 Millionen Mark, darunter allein 5/10 Millionen für Wohnungszwecke, ferner 500 000 M. zur Verbesserung der städt. lechn. Werke, 170 000 M. zur Erhöhung der Feuerungsbezüge der städt. Be- amten und 70 000 M. für die städtischen Ausfühlsbeamten. Wäh- rend der Sitzung erschienen vor dem Sitzungssaal eine Gruppe Gewerkschafter, etwa 150 Mann, und verlangte, daß eine Abord- nung in der Sitzung angehört und ihre Forderungen sofort er- füllt würden. Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Dr. Roer- rick, wies dieses Ansinnen zurück und erklärte, daß er dem Trud der Straße nicht nachgeben werde. Der Bürgerausschuß schloß sich einschließend der Rechtssozialisten dieser Auffassung an; nur die Kommunisten traten für die sofortige Anhö- rung der Arbeitergruppe ein. Die Gruppe entfernte sich dann unter Drohhorden.

Vertreterversammlung des Badischen Lehrervereins

in Bad Freyburg, 21. März.
Erster Tag

Im Heim des Vereins wurde heute die aus allen Teilen des Landes bestellte Vertreterversammlung eröffnet. Ob- man n Hoffing begrüßte die Anwesenden, darunter die Vertreter des württembergischen, bayerischen und sächsischen Lehrervereins. Der 2. Vorsitzende berichtete sodann über die hauptsächlichen Punkte des Lehrereheims, welche das außerordentlich schöne Anwesen Bad Freyburgs bald modern ausgestaltet sol- len. Hierauf erstattete Obmann Hoffing einen Bericht über die schulpolitische Lage. Ausgehend von der Abstimmung in Oberösterreich will er einen Ueberblick geben auf die politische und wirtschaftliche Lage als Grundlage auch der kulturellen Möglichkeiten, die leider bescheidene sind. Aber diese notwendige Begrenzung dürfe nicht zu einem Hemmschuß des notwendigen werden, sonst sei lehrlich das Gesamtwohl ge- fährdet. Vor allem sei eine bessere Vorbildung der Leh- rerzucht eine geistige Notwendigkeit für den Neuauf- bau. Auch die Fortbildung im Beruf selbst sei durchaus un- genügend. Hier hätte schon manches geschehen können. Aber es selge dem Willen keine Tat (Beifall). Die heutige Form der Dienstprüfung sei unzulässig. Es sind staatliche Büchereien und Fortbildungskurse einzurichten. — Eine Voraussetzung dieser idellen Forderungen müsse freilich auch eine gesicherte soziale Lage der Lehrerschaft, damit sie von gehaltspolitischen Kämpfen verschont, sich ganz ihrer Vollerzieherarbeit widmen könne. Der Redner berichtet dann über die Verhandlungen in der Gehaltsfrage mit dem Haushaltungsausschuß. Der Lehrverband habe insofern einen Erfolg errungen, als man die Forderungen des Vereins als gerecht anerkannt habe. Sodann spricht der Redner über das Ruhegehaltsgesetz, dessen Unklarheiten große Bedenken erwecken. Hierher gehöre auch die Frage der Zwangspensionierung. Die schwere Lage der jungen Annahmer sei hierbei aber auch zu be- rücksichtigen. Unter hartem Beifall wendet er sich gegen die Ortsklasseneinteilung, die ein schweres Unrecht dar- stelle. Es sollten Zenerungsgruppen geschaffen werden. Die Kinderzulagen dürften nicht nach dem Ortsklassensystem abgestuft werden (Beifall). — Redner geht dann auf die Frage der Differenzierung der Lehrer ein. Diese werde wohl deshalb von den politischen Parteien gestift, weil man an- scheinend glaube hierdurch die Autorität des Staates zu stärken. Der Vorstand wendet sich gegen Bestrebungen innerhalb des Vereins, die eine geteilte Behandlung von Stadt und Land erstrebten. Eine Entschlüssen in dieser Frage befunde volle Einmütigkeit. Mit einem Ausblick in die Zukunft schloß der Obmann unter starkem Beifall.

In der Aussprache wird zunächst auf die Notlage der Junglehrer hingewiesen, von denen viele auf Anstel- lung warten. Hier müsse etwas geschehen. Oberlehrer Hed- lersheim spricht über die Haltung des Vorstandes in der Ge- haltsfrage, vor allem wünscht er ein schärferes Vorgehen gegen die Sonderbestrebungen der Oberlehrer usw. Gegen ande geh' man anders vor. Geiger-Sadingen ver- breitet sich über die Frage der neuen Fortbildungsschule. Auch die Arbeiterzucht sei dagegen wegen der hohen Löhne (Zuruf: Nicht richtig!). Man dürfe die Fortbildungsschullehrer nicht abhören. Goldschmidt-Waldhuf spricht zur gleichen Frage. Ueber die Ortsklassen müsse eine Entschlüssen aufgestellt werden.

Es folgt die Beratung und Abstimmung der Anträge. Der Antrag, wonach Ueberstunden nicht stattfinden sollen, und wo nicht zu vermeiden, angemessen vergütet werden, wird angenommen. Ebenso der Antrag Hedlersheim gegen die Zenervereinbarungen (Oberlehrer usw.). — Weiter findet ein Antrag gegen das Ortsklassensystem Annahme. Dem Ruhegehaltsgesetz wird zugestimmt, aber erwartet, daß die Ausführungsvorschriften nicht verschlechtert. — Die Zwangspensionäre sind gleich den nach dem neuen Be- folsungsgesetz zu behandeln. Der Antrag, ob man der Zwangs- pensionierung zustimmen solle, ruft eine lebhafteste Debatte her- vor. Mit allen gegen acht Stimmen wird der Zwangspensionie- rung im 65. Lebensjahr zugestimmt. — Ein Antrag, wonach verheiratete Lehrerinnen dann nicht entlassen werden sollen, wenn die Einkünfte des Ehemanns zur Lebenshal- tung nicht ausreichen, wird angenommen. Die Entschlüssen, wonach die Lehrerschaft erwartet, daß endlich einmal die Be-

stimmungen über die Dienststellenausföfisse und den Landeslehrerrat erlassen sollen, wird angenom- men. — Ueber den Antrag, wonach die jährliche Gesamtdauer der Ferien an allen Schulen die gleiche sein soll, in den Städten auch zu gleichen Zeiten, für das Land an Ostern min- destens vierzehn Tage, gibt es eine lebhafteste Aussprache, er wird angenommen. — Ein Antrag will Neuregelung der wöchent- lichen Stundenzahl, nach lebhaftester Debatte soll darüber morgen abgestimmt werden.

Hiermit ist die Aussprache über den Tätigkeitsbericht des Vorstandes erschöpft. Dem Vorstand wird für seine Arbeit der Dank der Versammlung einstimmig ausgesprochen.

Aus der Partei
Agitationsbezirk Karlsruhe

Bildungsvorträge
Königsbach: 25. März, 7 Uhr, „Bad Hof“. Thema: „Bauern- krieg“. Referent: Genosse Sekretär Stenz-Karlsruhe.
Spielberg: 26. März, 8 Uhr, Thema: „Gemeindepolitik“. Re- ferent: Stadterordn. Gen. Böhringer-Karlsruhe.
Mantelbach: 27. März, 8 Uhr, „Schmänner“ Thema: „Christen- tum und Sozialismus“. Referent: Hauptlehrer Meyer- Weingarten.
Gagsfeld: 30. März, 8 Uhr, „Hirsch“. Thema: „Genossen- schaftswesen“. Referent Gen. Strauß-Karlsruhe.
Ottenu: 31. März, 7 Uhr, „Strauß“. Thema: „Sozialise- rungstragen“. Referent Gen. Hübert-Karlsruhe.
Die Genossen und Genossinnen haben die Pflicht, ohne Ausnahme diesen Vorträgen beizumohnen.
Das Parteisekretariat: Oskar Trinkl.

Die Sozialdemokratie im deutschen Reichstage

Am 21. März waren 50 Jahre verflossen, seit der Deutsche Reichstag zum erstenmale zusammen getreten ist. Ueber die Vertretung der Sozialdemokratie im Reichstage informieren diese Angaben:
Bei den Wahlen zum verfassunggebenden Reichs- tag des Norddeutschen Bundes — 12. Februar 1867 — wurden von der Sozialdemokratie — d. h. der sächsischen Volkspartei, aus der eine der so- zialdemokratischen Parteien hervorging — zwei Man- date erobert, und die beiden damals im Bruderkampf mit- einander ringenden proletarischen Parteien brachten es auf etwas über 50 000 Stimmen. Die Reichswahl des Norddeutschen Reichstages am 31. August 1867 brachte bei- den sozialdemokratischen Parteien zusammen je sechs Ma- ndate, aber ihre Stimmzahl hatte nicht zu, sondern ab- genommen.

Nach dem deutsch-französischen Krieg und im Anschluß an die Reichsgründung am 18. Januar wurde am 3. März 1871 der erste Deutsche Reichstag gewählt. Es stimmten für die beiden sozialistischen Parteien — „Lassal- leaner“ und „Eisenacher“ — rund 3 v. H. der Wähler — insgesamt 101 927 Stimmen — und nur zwei Sozial- demokraten, Hebel und Rechtsanwalt Schrapf, wurden gewählt.

Bei der Wahl von 1874 stieg die Stimmzahl der So- zialdemokratie von 3 auf 6 v. H., die ihrer Mandate von 2 auf 10. Es kam die Wahl von 1877, die erste nach dem Gothaer Einigungskongreß der Sozialdemokratie von 1875 und brachte eine Erhöhung der Stimmzahl auf 9 v. H., der Mandate auf 12. Im Jahre 1878 verminderte die Sozialistenbes, die durch die Attentate des Sophistikers Söbel und des liberalen Kronprinzengewärtigers Dr. Robe- ring die Stimmzahl von 9 auf 8 v. H., die Zahl der Sitze im Reichstage von 12 auf 9. Anfänglich schien die Unter- drückungspolitik des Sozialistengehebes den Siegeslauf der sozialdemokratischen Ideen aufhalten zu können. Im Jahre 1881 sank die sozialdemokratische Stimmzahl weiter auf 6 v. H., wenn auch die Mandatsziffer wieder auf 12 stieg. Aber der vorübergehende Erfolg des Ausnahmegesetzes schlug in ein dauerndes Fiasko um. Im Jahre 1884 stieg die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen von 6 auf 10 v. H. und verdoppelte die Zahl der Mandate, so daß nunmehr 24 sozialdemokratische Abgeordnete im Reichstag saßen. Auch der reaktionäre Erfolg bei den Reichstags- wahlen von 1887, bei denen es sich um das „Septenat“, die Verwilligung der Seereserveerhöhung auf 7 Jahre, han- delte, konnte wohl die Mandatszahl der Sozialdemokraten wieder auf 11 herabbringen, nicht aber die Stimmzahl. Genau gerechnet, stieg das Prozentverhältnis sogar noch, nämlich von 9,7 auf 10,1 v. H. der Stimmen. Bei den ersten Wahlen unter der Regierung Wilhelms II. 1890 stieg unsere Stimmzahl gleich von 10 auf 20 v. H., die Mandatsziffer von 11 auf 35. Im Jahre 1893 stieg die Stimmzahl weiter auf 23 v. H., die Mandatszahl auf 44. Im Jahre 1898 ergab sich eine weitere Steigerung unserer Stimmen auf 27 v. H., unserer Mandate auf 56. Nach der Herausforderung der Massen durch den Zolltarif stieg der Prozentatz der sozialdemokratischen Stimmen 1903 von 27 auf 32 und die Zahl der sozialdemokratischen Abgeord- neten von 56 auf 81. Bei den Stollentottenwahlen von 1907 ging es dann allerdings wieder etwas zurück. Da- mals sank die Stimmzahl unserer Partei auf 31 v. H. und ihre Mandatszahl auf 43. Doch im Jahre 1912 erreichte die Partei den Höchststand ihrer Stimmzahl und Man- date mit 34 v. H. der Stimmen und 110 Mandaten.

Dann kam der Weltkrieg und mit ihm die Spaltung der Sozialdemokratie, die auch nach der Revolution nicht überwunden werden konnte und ihre schlimmen Folge- erscheinungen sowohl in der Nationalparlamentarismus wie im ersten Deutschen Reichstag der deutschen Republik zeitigte. Dieser von doktrinärer Unverstand herbeigeföhrten Spal- tung war es zu „danken“, daß die glänzenden Aussichten, die nach dem Zusammenbruch des alten Systems sich für den Sozialismus zu öffnen schienen, keine Verwirklichung fanden, und daß statt einer sozialistischen eine bürgerliche Mehrheit im neuen Reichstag über die Geschicke Deutschlands entschied.

Aber die Geschichte des Reichstags ist trotz alledem die Geschichte der steigenden Macht des sozialistischen und demokratischen Bewankens, der durch den Volkskumst be- trübender Gegenwart die Morgenröte einer besseren Zu- kunft hindurchschimmern läßt.

Wolfsartweiler, 23. März. Kom 1. April ab wird Heinrich Becker die Filialgeschäfte des „Volkfreund“ übernehmen. Die Parteigenossen werden gebeten, den neuen Filialinhaber in der Weise zu unterstützen, daß sie unserm Parteiorgan zum 1. April neue Leser zuföhren.

Deutsche Note wegen der Milliardenforderungen der Entente

22. Berlin, 23. März. Von der deutschen Kriegs-
lastkommission in Paris ist heute der Reparations-
kommission folgende Note übergeben worden.
Die Reparationskommission hat in ihrer Note Nr. 13/184
vom 15. 3. d. J. die deutsche Regierung aufgefordert, in Er-
füllung des Artikels 235 des Friedensvertrages die bisher durch
die deutschen Leistungen und Lieferungen angefallen nicht ge-
deckten reißenden 12 Milliarden Goldmark vor dem
1. Mai 1921 in Goldmark oder fremden Devisen zu entrichten
und als Anzahlung hierauf bis zum 23. März den Be-
trag von 1 Milliarde Goldmark zu zahlen.
Die Reparationskommission hat diese ihre Forderung auf
die Behauptung, daß Deutschland bisher in Erfüllung des Ar-
tikels 235 des Friedensvertrages höchstens 8 Milliarden Gold-
mark bezahlt habe. Die deutsche Regierung kann
diese Behauptung, wie sie bereits in ihrer
Note vom 14. März d. J. dargelegt hat, nicht
als richtig anerkennen und muß Verwahrung
dagegen einlegen, daß ihre diesbezügliche
Darstellung in der Note vom 15. März als rein
formeller Einwand bezeichnet wird. Sie verweist erneut
auf die Reparationskommission unter dem 20. Jan. d. J.
überreichte Denkschrift, in der ihre Auffassung, daß die gemäß
Artikel 235 bisher abgelieferten Werte und getätigten
Leistungen den Betrag von 20 Milliarden
Goldmark tatsächlich erreichen, eingehend belegt worden ist,
sowie auf die in Ergänzung dieser Denkschrift nachgereichten
weiteren Unterlagen. Die deutsche Regierung ist bereit, für die
in der Denkschrift enthaltenen Angaben jederzeit schriftlich und
mündlich weitere Beweise zu bringen. Wenn auch über die ein-
zelnen der auf Grund des Artikels 235 von Deutschland getätigten
Leistungen Besprechungen zwischen der Reparationskommission
und Kriegslastenkommission stattgefunden haben, so ist
doch über die Gesamtheit dieser Leistungen die deutsche Re-

gierung von der Reparationskommission noch nicht gehört wor-
den. Gemäß den §§ 9 und 10 zu Teil 10 Anlage 8 des Friedens-
vertrages glaubt die deutsche Regierung um so mehr Anspruch
auf Gehör zu haben, als neuerdings die Reparationskommission
einen Teil der bisher getätigten deutschen Leistungen von der
Anrechnung auf die ersten 20 Milliarden unter Artikel 235
ausschließen will. Unter diesen Umständen erhebt die deutsche
Regierung dagegen Einspruch, daß die Zahlung einer Rest-
summe von 12 Milliarden Goldmark von ihr gefordert wird, be-
vor auf Grund weiterer Erörterungen festgestellt worden ist,
ob und inwieweit die deutsche Regierung noch Verpflichtungen
aus Artikel 235 zu erfüllen hat.
Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages hat die Re-
parationskommission bei den Deutschland aufzulegenden Ent-
schädigungen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Rücksicht
zu nehmen. Die deutsche Regierung weist ferner erneut darauf
hin, daß nach § 12 C 1 der Anlage 2 zu Teil 7 des Friedens-
vertrages ein etwa bis zum 1. Mai 1920 sich ergebender Fehl-
betrag in Form von verzinslichen Schatzanweisungen, nach
§ 12 C 2 der Anlage 2, zu Teil 8 des Friedensvertrages aus-
zuschließen ist. Sie ist der Ansicht, daß von diesen Bestimmungen
unmöglich Gebrauch gemacht wird, als in dem vorliegenden
Fall die Unmöglichkeit der Leistung bis zum 1. Mai 1921 klar
zu Tage liegt. Sie stellt daher den Antrag, einen etwaigen
Fehlbetrag, der sich bei eingehender Prüfung der von ihr bereits
ausgeführten Leistungen und Leistungen ergeben sollte, gemäß
den genannten Vorschriften zu behandeln und die Frage der Er-
füllung der Verbindlichkeiten aus Artikel 235 baldmöglichst zu regeln
und schlägt vor, daß mündliche Verhandlungen zwischen der Re-
parationskommission und der Kriegslastenkommission über die
Bewertung der bisherigen Leistungen und Leistungen im An-
schluß an die von der deutschen Regierung vorgelegte Denkschrift
aufgenommen werden.

Aus der Stadt

• Karlsruhe, 24. März.

Geschichtskalender

24. März. 1916 Spaltung der sozialdemokratischen Reichs-
tagsfraktion. 18 Abgeordnete gründen die „Fraktion der sozial-
demokratischen Arbeitgemeinschaft“. — 1919 Koalitionsregie-
rung in Preußen.
25. März. 1801 † Der Dichter Klopstock (v. Bardleben) in
Weichenfels. — 1879 Deibel und Kiehnrecht erhielten im Leipziger
Gelehrtenrat je 2 Jahre Zensur. — 1920 Generalstreik
in Elßaß. (Protest gegen Feuerung.)

Karlsruher Parteinachrichten

Bezirk Mittel- und Südbad. Die Genossen und Ge-
nosinnen treffen sich mit Familienangehörigen am Ostermon-
tag mittags 2 Uhr vor dem Albtalbahnhof zu einem gemein-
samen Spaziergang. Rundborrat ist mitgenommen.

Bezirk Badland. Samstag abend 7 1/2 Uhr Versammlung
im Karlsruher Hof. Wir bitten um vollständiges Erscheinen aller
Parteiangehörigen. Diejenigen Genossen, die nicht im Haus fer-
tiert werden, können ihre Beiträge in dieser Versammlung ein-
zahlen. Gleichzeitig verweisen wir auf den am 2. April statt-
findenden Lichtbildvortrag und bitten um rege Agi-
tation für denselben.

Bezirk Arbeiter-Jugend. Heute findet im Lokal „Gom-
brunnshalle“ ein Spiel- und Lesabend statt; außerdem findet
eine Besprechung über die Veranstaltungen im April und Mai
statt, sowie über die Agitation unter den Schulkindern. Die
Jugendgenossen und Genosinnen werden um vollständiges Er-
scheinen ersucht.

Empfang der heimkehrenden Oberflieger

Der erste Transport der in Baden ansässigen Oberflieger
für heute morgen hier, während der zweite am Oster-
sonntag früh 3 Uhr Karlsruhe passieren wird.
Es ist nur ein Akt der Dankbarkeit, daß die Stadtverwal-
tung im Verein mit dem Schutzbund für die Grenz- und Aus-
landsdeutschen der Ankunft unserer aus Oberfliegen zurück-
kehrenden Karlsruher Mitbürger ein feierliches Begrüßungs-
fest morgen war der Empfang ein ganz besonders herzlicher.
Auf dem geschmückten 2. Rangsaal stand Kopf an Kopf die Be-
wässerung, um unsere Wunden begrüßen zu können. Auch die
Schutzregiment und die Stadtverwaltung waren vertreten.
Unter den Klängen der „Harmonie“-Kapelle fuhr der Zug
fahrplanmäßig 6.20 Uhr ein, von der wachsenden Menge mit

Zubel begrüßt. Nachdem die hiesige Sängervereinigung
ein Willkommenslied entboten, begrüßte Staatspräsident Trunz
die Heimkehrer im Namen der badischen Regierung und des bad-
ischen Volkes. Er richtete innige Dankesworte an die Ober-
flieger für ihre unter schwersten Gefahren für das deutsche
Vaterland geleisteten Dienste. Die Entscheidung sei noch nicht
endgültig getroffen, wir müssen ganz Oberfliegen ungeteilt
fordern. In der Weltmarkt wie in der Ostmark erhalte der Auf-
länder liebes Vaterland liebe hoch! Die Wustl intentionale Deutsch-
land, Deutschland über alles, — in das die Menge einstimme.
Hierauf hieß Oberbürgermeister Dr. Finter die oberfliegschen
Mitbürger im Namen der Stadt herzlich willkommen. Auch er
wies auf die in ehler Treue für die deutsche Sache vollbrachte
Tat hin und wünschte, daß Ostern 1921 nicht nur die Volkshoheit,
sondern auch den Sieg bringen möge. Oberbürgermeister A. D.
Siegrist dankte im Namen des Schutzbundes der Grenz- und
Auslandsdeutschen insbesondere den Verbänden heimkehrter
Oberflieger für ihre Arbeit, ohne deren Bemühen der Sieg
unmöglich gewesen wäre. Er schloß mit einem Hoch auf das
einige deutsche Volk. Am Namen der aus Oberfliegen zurück-
gekehrten Karlsruher Mitbürger dankte Herr Feistinger für
den herzlichen Empfang. Die geleistete Arbeit sei schwerer ge-
wesen als man vorher gedacht habe. Jetzt geht es weiterzuro-
beiten; wir bitten nicht um ganz Oberfliegen, sondern wir so-
ten jetzt das Recht, es zu fordern. Sein Hoch galt der zweiten
baldigen Heimat.

Nachdem noch die Sängervereinigung ein Lied gesungen
und die Musikkapelle einen heißen Marsch gespielt hatte, hatte
die sehr stimmungsvolle Begrüßungsfeier ihr Ende erreicht.
Alle Deutschen ohne Unterschied der Partei sind unseren Ober-
fliegern zu ihrem Dank verpflichtet für ihre aufopfernde ge-
schickte Leistung. Sie haben mitteilt des Stimmzettels eine
Schlacht schlagen helfen, die von größerer weltgeschichtlicher Be-
deutung ist als mancher große Sieg der Armeen von genial-
sten Heerführern.

Stadtbauplan und Siedelungswesen

R. Auf Veranlassung der Ortsgruppe Karlsruhe des D.A.S.
sprach am Montag abend Herr Geh. Rat Prof. Dr. Cornelius
Gurlitt aus Dresden über Stadtbauplan und Siedelungswesen
mit besonderer Berücksichtigung der Karlsruher Verhält-
nisse. Er ging von dem hiesigen sich auf das oberfliegschen
komplexe Stadtbild aus, das durch den Willen eines auto-
kratischen Fürsten charakteristisch ausgeprägt wurde. Weinstromer
verschmolz dann den alten Plan in seine neue Stadterweiterung
Plan, die das Bild des bürgerlichen Gemeinwesens mit der
Häufung umgeben darstellt. Können wir nun unter den heu-
tigen Umständen daran denken, umfangreiche Pläne zu
schaffen und durchzuführen? Die ungeheure Wohnungsnot zeigt

uns, daß der Zugang zur Stadt immer weiter anhält und unsere
Städte immer größer werden. Nicht kann es nur die Aufgabe
des Städtebauers sein, mit Häusern Räume zu schaffen; das ist
genügend sehr schön, jedoch einseitig. Das Wichtigste ist, mit
Straßen und Gassen zu schaffen, welche die Wünsche auch des
kleinsten Mannes so treffen, daß er behaglich wohnt. Also das
Wohnen scheint die Hauptsache beim Städtebau. Durch weit-
schauende Pläne müssen wir zukünftiges Leben in die richtigen
Bahnen leiten. Wir müssen jetzt in weiten Umkreis der Stadt
diejenigen Hauptlinien feststellen, von denen sich erkennen läßt,
daß sie den großen Verkehr aufnehmen werden, nämlich die An-
ordnung der Zonen. Wir müssen z. B. der Industrie Plätze an-
weisen. Wissen wir dann, wo diese hinführt, sollen die Wege
festgelegt werden, die zu ihr hinführen. Zwischen den einzelnen
Industriezentren einerseits und den Siedelungen und Wohn-
blöcken andererseits müssen Verbindungsstraßen geschaffen werden.
Sie sollen aber außerhalb des Wohnbereichs, wenn möglich
in Grünzonen liegen und so beschaffen sein, daß dem Kraft-
wagenverkehr jeder Art, dem die größte Entwicklung bevor-
steht, keinerlei Hemmnisse auferlegt werden. Wir werden daher
möglichst gerade und wenig geschnittene und mindestens 25 Meter
breite Verkehrsstraßen bekommen. Das gesamte Geschäfts-
leben wird sich dort konzentrieren; die großen Geschäftshäuser
werden dort entstehen.

Hi dann das Weg der wichtigsten Straßen, der Ausfalls-
Verbindungs- und Entlastungsstraßen geschaffen, so können wir
daran denken, Wohnblöcke zu bauen. Wenn wir den Rand des
Blodes mit hohen Häusern umgeben und nach innen eine
schrittweise Abstufung der Häuser vornehmen, so daß jeder große
Block eine kleine Gemeinde für sich bildet, können wir jedes
Wohnbedürfnis befriedigen. Durch geschickte Anordnung der
Verbindungsstraßen muß jeder unnötige Verkehr innerhalb die-
ser Blöcke vermieden werden und in der Mitte der Stadt können
wir ruhige Viertel haben. Dort werden Siedelungen entstehen,
kleinere sofort, während die größeren späteren Jahren vorbe-
halten bleiben. Die Grundzüge des Heimatbaues und die alte
Wahrheit, daß das Beste auch das Billigste ist, soll uns vor allem
beim Bau der Siedelungen leiten.

Wer ist nun berufen, solche Stadtaufträge zu lösen? Wo-
her kommt der Bauführer. Er hat die Aufgabe, aus der Fülle der
Notwendigkeiten heraus sein Werk zu bilden. So muß er im
Städtebau Rücksicht nehmen auf die Stadterhaltung, den
Grundbesitz, die späteren Mieter und hauptsächlich auf den Ver-
kehr. Die geistreichen Ausführungen des Redners fanden leb-
haften Beifall.

— Aus der Karlsruher Arbeiterbewegung. Für die
dem D.A.S. angehörenden gemischten Chöre beginnt im April
(näheres folgt im Vereinsanzeiger) unter Leitung des Musik-
lehrers Schilling eine Chorleiterausbildung in 2 Kurven (mit zahl-
reichen Sondervorträgen). Es ergibt dabei an alle janges-
tändigen Frauen und Männer die Mahnung, jetzt diesen Ver-
ein beizutreten, um die Bewegung zu fördern, die dazu dienen
soll, den Mitgliedern Mittel und Wege zu geben, den Einflüssen
mit vollstem Verständnis folgen zu können und die Lei-
stungsfähigkeit der Vereine zu heben. Die Pflege ernster und
guter Musik und die Vertiefung der Programme muß endlich
auch ein Gut der Arbeiterbewegung werden. Die Erkenntnis muß
endlich Platz greifen, daß der gemischte Chor nicht eine Gattung
weiterer Klasse ist, ein Vorrecht, dem man nur zu oft in Ar-
beiterkreisen begegnet. Im Herbst treten die Vereine mit einem
prophagologischen Konzert an die Öffentlichkeit und ist die Teil-
nahme noch recht vieler erwünscht. Darum, Genossen, schick
Eure Frauen und Töchter hinein in die gemischten Chöre. Auch
sie brauchen noch getaner Arbeit einen Ansporn und den fin-
ten sie am besten und billigen bei uns. Der „Trüberbund“
hält jeden Montag abend 7 1/2 Uhr im Köhler-Krug, die „Ver-
trieb, Elßaß-Lothringen“ jeden Dienstag im „Weißen
Berg“ (Ludwigsplatz). Also, Ihr Frauen und Mädchen, herauf
aus Küche und Kammer!

Hofrat Orbenstein †. Im 66. Lebensjahr ist gestern abend
ganz plötzlich Prof. Orbenstein gestorben. Der Entschle-
dene war, bevor er hier seine Lehrtätigkeit begann, als Pianist
auf Konzertreisen herbeigekommen und in Frankfurt und Berlin
musikpädagogisch tätig gewesen. Im Jahre 1884 gründete er
das hiesige Konservatorium, das heute gegen 1000 Schüler um-
faßt und vor 4 Jahren in den Besitz der Stadt übergegangen
ist. Als glänzender Pianist, wie auch als Musikschlichter,
hatte sich Hofrat Orbenstein, der auch Mitglied der staatlichen
musikwissenschaftlichen Kommission für Baden, Würt-
temberg und Hessen gewesen ist, in der musikalischen Welt einen
gedachteten Namen erworben.

Johannes-Passion von J. S. Bach. Auf das am Karfreitag
nachmittags 4 Uhr in der Festhalle stattfindende Passions-Konzert
des Bach- und Chorgesangvereins Karlsruhe wird nochmals
hingewiesen. Ende 1/2 Uhr, so daß auswärtige Besucher reich-
lich Zeit zur Heimfahrt haben.

Beweis für den Charakter echter und guter Volkskunst. Und
da sich zu dem künstlerisch ausgezeichneten Einzelnen und Ge-
samten noch eine tadellose technische Stufe findet, sind alle Be-
dingungen für eine vorzügliche Dardielung erfüllt.

Die Johannes-Passion von J. S. Bach

Zur Aufführung durch den Bach- und Chorgesangverein
Karlsruhe in der Festhalle am Karfreitag

Nach einwandfreier Ueberlieferung hat Bach 5 Passions-
muffen geschaffen; 2 Passionen, die nach Johannes und Mat-
thäus sind erhalten geblieben. Tritt in der 1720 aufgeführten
Matthäuspassion der leidende Jesus unserem Gefühl ergrei-
tend nahe, so erfüllt uns in der 1724 geschaffenen Johannes-
passion die erhabene Majestät des Johannesevangeliums mit Ehrfurcht.
Die Eingangssätze sind für die geistige Haltung
der beiden Werke sofort entscheidend: bei Matthäus ist derselbe
schmerzliche Klage um den leidenden Heiland erfüllt, bei
Johannes erblicken wir Christus als Weltenrichter in der
Gloire, wenn auch schmerzliche Töne und eine tief ergreifende
Anspielung über die überwundene Erniedrigung nicht fehlen.
Der evangelische Bericht wird in wunderbarer, echt Bach'scher
Eindringlichkeit vorgetragen, Christi Worte sind von größter
Erhabenheit; im Gegensatz zur Matthäuspassion fehlt ihnen der
mild verklärende „Heiligenschein“ der Streichwerke. Die
acht zahlreicheren Arien gehören zum eckelsten der Bach'schen
Kunst. Das köstliche Solostück ist zweifellos das Bach'sche
„Betrachte meine Seele“. Angelehnt dieses Stückes ist man
im Zweifel, ob überhaupt sonst ein so unmittelbares ergreifen-
des Ausdruck erreicht wurde. Der wunderbar süße Sang der
Soprane und die eigenartige Begleitung zweier Violenstrah-
len und der Laute vollenden den Zauber dieses einzigartigen
Stückes. Außer dem Einleitungssatz findet sich nur noch ein
eher über freie Dichtung, der Klagedor bei der Grablegung.
Er ähnelt stark dem entsprechenden Chor in der Matthäuspas-
sion. Der eigentliche Schlüsselsatz des Werkes ist der wachhaft
gerührende, schlichte Chor „Ach Herr laß dein lieb Englein“
mit seinem gewaltigen Ausklang. Der kunstvoll gesetzte vier-
stimmige Chor ist in unserer Passion überhaupt von beson-
dener Wichtigkeit; er bildet nicht nur, wie bei Matthäus, im
Laufe der Erzählung stimmungsvoll betrachtende Ruhepunkte,
er schließt auch den ersten und eröffnet den zweiten Teil. Wenn
auch seltener aufgeführt als die Matthäuspassion, steht doch dies
gewaltige Werk vollkommen ebenbürtig neben seiner jüngeren
Schwester, wie sie ein unvergängliches Zeugnis der Gefühlstiefe
und gewaltigen künstlerischen Größe ihres Schöpfers.

S. Malisch

Theater, Kunst und Wissenschaft

Karlsruher Konzertwoche

Bereits im letzten Jahre trat der Gesangverein „Lieber-
helle“ mit dem Oratorium von August Klugardt „Die Ver-
herrlichung Jerusalems“ hervor, und zwar mit so schönem Gelingen,
daß man die Verbreiterung seines Wirkungskreises eine
glückliche nennen konnte. Dieses allgemein anerkannte Urteil
wurde durch die diesjährige Aufführung zweier bedeutender
Werke der geistlichen Choraliteratur erweitert und vertieft. Es
ist wahr: hinter der G-Moll-Messe von Johann Sebastian Bach
und der Missa solennis von Ludwig von Beethoven tritt die
G-Moll-Messe desselben Meisters in den Hintergrund, d. h.
man hört sie weniger. Ihr gegenüber tritt der 18. Psalm von
Franz Xaver Hartl an die Oberfläche, gibt sich durch die Verwen-
dung moderner Mittel, die sehr geschickt angewandt erschienen,
den Schein theatralischer Aufmachung. Nun zur Aufführung
im großen Festsaal, der ausverkaufte war. Zunächst einen
Satz als Vorbemerkung: Es ist in unseren Zeiten sehr schwer,
mit einem so großen Chor aufzutreten. Da aufzutreten würden
sie schon, aber die Proben! Und die Messe scheint meinen Ge-
danken recht zu geben, da Unhöflichkeit (unpräzise und schwan-
delnde Einfälle) ans Licht traten. Auch zeigte der Chor nicht
diese Nachgiebigkeit wie sie in dem leichter zu singenden 13.
Psalm zu hören war. Daneben darf mit ehrlichen Worten
des Lobes nicht zurückgehalten werden, zumal sich Herr Chor-
meister Hugo Kahner mit seltener Hingabe dafür einsetzt.
Die Hörer standen im Banne eines hohen künstlerischen Ge-
nüßes, da sich auch die Solisten harmonisch einfügten wußten
da hatte zwar eine plötzliche Aenderung Platz gegriffen, indem
an Stelle von Würtner Otto Wehbecher sang. Neben ihm
standen Lotte Lange-Sale, Käthe und Hellmu-
te Neugebauer. Der letztgenannte sang das Solo in 17. und
18. Psalm mit herrlicher Tonhöflichkeit. Den Anfang machte das
Baggio aus der „Bierlein“ von Beethoven. Ein bewährter Ge-
felle, eine starke und außerordentlich zuverlässige Stimme war un-
ser Theaterchorleiter.

Ueber die ersten Schritte junger, talentierter Künstler
können wir etwas länger berichten. Fräulein Marie Cronne
ist eine auffallende Erscheinung in unserem hiesigen Musikleben
geworden. Ihren schönen Sopran weiß sie gleichmäßig zu
benutzen. Reichte in Arien von Pergolese Hädel, Mozart eine
leichtbewegliche, sichere Stimme und in Liedern von Schubert
und Körner ein einen ausdrucksvollen Vortrag, der aber weiterer
Reinigung bedarf, der neben einem Forte und Piano
viele Nuancen bringen muß. Doch dies alles ist erlern-
bar in diesem Falle, da die angehende noch sehr junge Dame

Begabung aufweist. Darum sei der Name Marie Cronne
schon heute aus der Mittelmäßigkeiten herabgehoben. Zu-
weilen Lehrerin Elisabeth Gammann, welche am Flügel saß, kann auf
einen erheblichen Erfolg zurücksehen.

Mit so schönen Worten können wir über den zweiten Nie-
der- und Arienabend nicht berichten. Zu früh! Diese beiden
Abende seien beiden zugerechnet, Rosel Landwehr sowohl, als auch
Julius Müller. Man sagte uns, daß ein geschicktes Mitglied
unseres Landestheaters beider Gesangslehrer sei. Und diesem
Namen gegenüber erheben wir die Frage: Warum diese frühe
„Herstellung“ noch nicht einmal Halbtägiger? Um gerecht
zu sein: Rosel Landwehr hat einen dramatischen Sopran,
der aber dringender der Befestigung bedarf und nicht angestrengt
werden sollte mit Konzerten. In dem Kirchenkonzert, auf wel-
ches wir unten zu sprechen kommen, zeigten sich die Folgen in
Form einer heißen Ermüdung. Die Sätze wurden herausge-
preßt und sang schwach. Wir verließen ihren Saal. Sie will
sich einen guten Namen ersingen. Aber, mein liebes Fräulein,
das hat noch Zeit. Der ist mit einem einzigen Abend da. Ihr
verdienter Lehrer wird dies gerne bestätigen. Julius Müller
machte die Worte auch beherzigt; denn das, was er an diesem
Abend brachte, war nicht weit her! Ein Tenor ohne Höhe darf
nicht — noch nicht öffentlich singen. Immerhin ist er
stimmlich — wie die Mittelstimme erkennen ließ — begabt.

Jedes Jahr bringt uns die Karwoche Kirchenkon-
zerte. Den Anfang machte der Chor der Johanneskirche, wel-
cher stimmlich stark besetzt und leistungsfähig ist. Der derzeitige
Leiter, Heinrich Cassimir, hatte ein köstliches Pro-
gramm aufgestellt und ihm eine gute Vorbereitung zu teil wer-
den lassen. Die geistlichen Werke erklangen sehr kraftvoll und
tonreich und waren auch harmonisch belebt, so daß man ihnen mit
Genuß lauschte. Auf der Violine spielte Luise Dörner
zwischen den Chören, neben den Arien von Rosel Land-
wehr und den Orgelvorträgen von H. Metz, dem Programm
angepaßt wurde mit schöner Wirkung, nur sollte ihr Strich
den Ton in gleicher Stärke geben.

Die Karlsruher Puppenspiele (Markgrafenstraße) führen
„Doktor Cassastras“ auf. In seiner Verzückung des
seit einigen Tagen das sinnig-ergötzliche Spiel vom
Lebernatürlichem mit dem rein Menschlichen, in seinem
echt puppenhaftesten Heringreifen des Teufels, Todes und
Jung sich daran anschließenden Symbolbildes es für Alt und
Jung eine gleich große Quelle des Vergnügens und der Be-
wunderung zugleich. Einzutritt hier die erstklassige, künstlerische
Aufmachung, von der als Beispiel nur die Szene auf dem Kirch-
hof herabgehoben sei. Der Erfolg bei dem fest in der Sache
entsprechenden Anzahl erscheinenden Publikum ist ein deutlicher

1. Vortragskurs Dr. Kullmann über die Geschichte des Sozialismus. Von einem Kursteilnehmer wird uns geschrieben: Der Vortragskurs von Gen. Dr. Kullmann der 6 Abende umfassen, ist nunmehr beendet. Ob weitere Kurse dieser Art abgehalten werden, hängt nicht zuletzt von den Genossen selbst ab. Leider muß gesagt werden, daß den Bemühungen unserer Parteileitung und besonders denen des Bildungsausschusses recht wenig Verständnis entgegengebracht wird. Der Kurs, der jeden Abend ein abgeschlossenes Kapitel aus dem großen Gebiete der Geschichte des Sozialismus behandelte, hätte viele hunderte Zuhörer verdient. Gen. Dr. Kullmann führte die Teilnehmer in leicht verständlicher Weise in die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus, in die Analyse dieser Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels ein. Die Auslegung von Karl Marx' Werk „Das Kapital“ mit seinen grundlegenden Theorien überzeugte alle Teilnehmer von der Notwendigkeit der Sozialisierung. Jedoch stiegen bei der weiteren Behandlung der Frage über die Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus in der Praxis bei der Frage, welche Taktik die richtige ist, um den Sozialismus zu verwirklichen, bei manchem, der sich die Lösung dieser Probleme immer sehr leicht gedacht haben mag, doch mancherlei Bedenken auf. Am sechsten und letzten Abend ging der Vortragende auf allseitigen Wunsch auf die russischen Verhältnisse und den dortigen kommunistischen Tendenzen besonders ein. Man gewann bei den klaren und scharfsinnigen Darlegungen des Gen. Dr. Kullmann die Überzeugung, daß die nüchterne und sachliche Aufrollung der russischen Verhältnisse die heilsamste Lehre gegen den von jenen Gewaltmenschen gepredigten und propagierten Kommunismus ist. — Die Kursteilnehmer zogen aus dem Kurse reichen Gewinn, den sie sicher nun in praktische Parteiarbeit umsetzen werden. Gen. Dr. Kullmann sei für seine Mühe und Arbeit vollste Anerkennung zollt.

Die Mieter- und Untermietervereinigung E. S. schreibt uns: Die bei uns einlaufenden Berichte und Anfragen seitens der Mieter wegen der Mietsverhältnisse und der Tätigkeit des Wohnungsamtes, sowie dessen Helfer und über das Mieteneinigungsamt, zwingen uns, an die maßgebenden Stellen die öffentliche Anfrage zu richten: Wie groß ist die Zahl der Herren Hauseigentümer, die bei dem Mieteneinigungsamt und Wohnungsamt beschäftigt sind? Sei es in Büro- und Außenbüro, Schätzung usw.? Die Behandlung auf diesen Ämtern und von deren Beauftragten ist gegenüber Vermietern und Mietern oft eine so unterschiedliche, daß unwillkürlich die Vermutung Platz greifen muß; beide Ämter stehen unter einem starken Einfluß der Haus- und Grundbesitzer.

+ 50 Prozent Anfuhrabgabe. Die Handelskammer Karlsruhe erklärt jedoch von Berlin, daß England die Abgabe für solche Waren erläßt, die vor dem 8. März 1921 in Deutschland bestellt sind und bis einschließlich 14. April 1921 in England eintreffen.

Landestheater. Der Spielplan des Landestheaters während der Osterfeiertage wird am ersten Feiertage eine Wiederaufnahme von Wagners „Lohengrin“ unter der musikalischen Leitung von Operndirektor Cortolozzi und unter der Regie von Hans Busch bringen. Den Volkstanz singt Herr Math-Motta; die übrige Besetzung ist die bekannte. — Am Montag wird im Konzerthaus die Operettenrevue „Ihre Hoheit, die Tänzerin“ wiederholt. Die Partie des Volko singt erstmalig Herr Schwerdt. Am Dienstag, den 29., gelangt Vincinis „Bohème zur Aufführung. Die Besetzung der Hauptpartien ist im Allgemeinen eine neue. So singen Lotte Lang-Bale die Musette, Franz Schwerdt den Rudolf, Rudolf Math-Motta den Marcel und Karl Kamann den Schenard. Die musikalische Leitung hat Kapellmeister Schweppe inne, während die Regie wie im vorigen Jahre Hans Lange inne hat.

Der Gesangverein Concordia hielt am Samstag den 12. März seine Jahresversammlung im Vereinslokal zum Elefanten ab. Schriftführer Leopold Bayer erstattete einen vorzüglich ausgearbeiteten Jahresbericht, welchem ein entnehmendes Aufschwung und einen großen Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen hat. Aus dem weiteren Bericht war zu entnehmen, daß außer von den hervorragenden Leistungen auf geistlichem Gebiet unter der künstlerischen und zielbewußten Leitung des Chormeisters Lehner in den beiden größeren Konzerten, auch von der geselligen Unterhaltung nur Befriedigendes zu sagen war. Die Regie der Aufführung des Herrn Köhler zeigte, mit welcher Freude diese geführt wurde. Zum allgemeinen Behagen der Mitglieder legte Herr Köhler sein Amt nieder. An seiner Stelle wurde einstimmig Herr Otto Horn gewählt. Die übrige Vorstandswahl, welche von dem guten Einvernehmen der Mitglieder mit der Vorstandschaft Zeugnis ablegte, bestätigte in geheimer Wahl fast einstimmig die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder mit Herrn Schwarz als 1. Präsidenten. Die Versammlung gedachte sodann der im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder, zu deren ehrendem Gedenken sich die Anwesenden von ihren Sitzen erhoben. Nachdem noch der bisherigen geschäftlichen und geistlichen Leitung für ihre Mithaltung gedankt wurde, schloß Herr Schwarz die gut verlaufene Jahresversammlung.

p. Unfall mit Todesfolge. Gestern nachmittag wurden beim Sprengen von Baumstäben im Oberwald im Stadteil Durland ein etwas 40-jähriger schwerer Stützholzmann in Durland wohnenden 66 Jahre alten Maurer an den Kopf geschleudert. Er erlitt eine schwere Schädelverletzung und wurde in bewußtlosem Zustande nach dem städtischen Krankenhaus gebracht, wo er verstarb.

p. Diebstahl. Einem Chemiker aus Wiesbaden wurde in verfloßener Nacht von einer unbekanntes Frauensperson auf dem Stephansplatz hier die goldene Taschenuhr im Werte von 2000 M entwendet.

*** Heidelberg, 23. März.** Bei Grabarbeiten am alten Gaswerk sind laut „Heidelberger Tagblatt“ zwei Frauengräber gefunden worden, die vermutlich aus fränkischer Zeit stammen. Es wurden zwei vollständige und gut erhaltene Skelette geborgen, bei denen man rote, weiße und gelbe Schmuckperlen aus Feldstein und Ton fand. Das Gelände am alten Gaswerk ist als uralte Begräbnisstätte bekannt.

*** Mannheim, 23. März.** Wegen eines umfangreichen Katastrophenfalls im Wert von 150 000 M hatten sich zwei Arbeiter einer chemischen Fabrik in Waldhof vor der Strafkammer zur Verantwortung gestellt. Die beiden Arbeiter, die 14 Pfund Kokain gestohlen hatten, erhielten je 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, ihre Helfer aber geringere Gefängnisstrafen. Zwei von den letzteren wurden noch mit erheblichen Geldstrafen bedacht.

*** Emmendingen, 23. März.** Zwei 11-jährige Buben warfen mit Steinen nach dem um die Mittagszeit hier durchfahrenden Schnellzug. Die Buben wurden zwei Fenster Scheiben zertrümmert und ein Bahnbeamter und ein Reisender verletzt.

*** Freiburg, 23. März.** Die Autolinie Freiburg-St. Georgen-Pfungen-Niederrimmigen wurde gestern eröffnet.

*** Stodach, 23. März.** Das Arbeitsministerium hat die Strafe Engen-Stodach für den regelmäßigen Kraftwagenverkehr freigegeben.

*** Zum Osterverkehr.** Am Samstag, 24. März, werden die Güterhallen und Güterschalter bei den badischen Stationen und badischen Güterämtern um 2 Uhr nachmittags geschlossen. Für Stationen auf schweizerischem Gebiete finden die schweizerischen Bestimmungen Anwendung.

Jugend und Sport

Spielleiter-Konferenz des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Am letzten Sonntag fand in Karlsruhe eine Konferenz der Spielleiter für Turnspiele statt. Dieselbe war nicht nur gut besucht, sondern nahm auch einen vorzüglichen Verlauf. Es ist dies der beste Beweis, daß im Arbeiter-Turn- und Sportbund die Turnspiele die größte Beachtung und Förderung finden. — Das Beispielspiel konnte infolge der ungünstigen Witterung nicht durchgeführt werden. Das nächste Beispielspiel im Faust-, Schlag- und Kaffball findet am Sonntag, 3. April, vorm. 8 Uhr, auf dem Karlsruher Turnplatz statt. Zahlreiche Beteiligung ist notwendig.

Diejenigen Vereine, welche ihre Fragebogen noch nicht abgesandt haben, wollen dieselben am Sonntag zum Freisturntag nach Karlsruh mitbringen, andernfalls innerhalb 8 Tagen an den Unterzeichneten einfinden.

H. J. Lampert, Bezirksleiter, Karlsruhe-Rühlburg, Nagaustraße 48 II.

Valuta-Bericht vom 24. März

Markkurs in der Schweiz ca. 940. Auszahlung Holland notierte 21.50 M per fl. Auszahlung Schweiz notierte 10.65 M per Sch. Fr. Auszahlung England notierte 245 M per Pf. Sterl. Auszahlung Frankreich notierte 4.26 M per Fr. Auszahlung New York notierte 62.75 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 24. März 1921

Das Hochdruckgebiet beherrscht unbeeinträchtigt die Bitterung Mitteleuropas, während die atmosphärischen Störungen im hohen Norden vorüberziehen, ohne Einfluß auf Deutschland zu gewinnen. Eine Veränderung der Wetterlage ist zunächst nicht zu erwarten. Voraussichtliche Witterung bis Freitag nacht: Seiter und trocken, vielfach leichte Nachfröste, tags mild, schwache Luftbewegung.

Wasserstand des Rheins

Schusterinsel 8 Zim., gef. 5, Rehl 117 Zim., gef. 3, Nagau 266 Zim., gef. 1, Mannheim 144 Zim., gef. 2.

Oberschlesien

Polnischer Terror — Gewalttaten — Bandenunwesen

III. Kattowitz, 23. März. Der Terror, der seit Montag früh in dem gefährdeten Weiterwinkel des Kattowitzer Landbezirks ausgebrochen ist, verliert sich zusehends. Gestern Abend war die Lage für die Deutschen in den Gebieten südlich Kattowitz bis zur ehemaligen deutsch-russischen Grenze besonders bedrohlich. Die Eisenbahner auf den Bahnhöfen in dieser Gegend fürchten sich so bedroht, daß sie durch eine Abordnung von der Eisenbahndirektion in Kattowitz militärischen Schutz forderten, sonst seien sie gezwungen, zu fliehen und ihren Dienst im Stich zu lassen, so daß ein Verstoß der Kohlenzüge, von denen täglich hunderte aus diesen Orten abgehen, ernstlich in Frage gestellt wurde. Die Eisenbahndirektion hat sich auch sofort an die zuständigen Stellen gewandt und hat ihre Forderung nach militärischem Schutz mit dem: des deutschen Polizeikommissariats und des Bundesheimatlicher Oberschlesien vereinigt. Daraufhin ist am Abend eine Abteilung nach den bedrohten Gebieten abgegangen.

Zu schweren Verbrechen kam es in Myslowitz. In diesem Orte ist von den polnischen Banden die Republik Polen ausgerufen worden. Die Zahl der Flüchtlinge aus den Dörfern Boguski und Grischwald steigt immer mehr. Spät abends kamen Nachricht von schweren Zusammenstößen in Boguski. Der Straßenbahnverkehr nach Boguski und Sopotnik mußte eingestellt werden, da die Straßenbahn in der Dunkelheit nicht mehr fahren wollten.

Berlin, 23. März. In Myslowitz wurde gestern der deutsche Hauptmann der Abteilungs Polizei Ulrich von den Polen tödlich verwundet. Eine Bande von 30 Mann hat in der Stadt das Polizeirevier 6 geplündert und die Beamten vertrieben. Das rein deutsche Dorf Anhalt ist von seinen Bewohnern auf die polnische Bedrohung hin geräumt worden.

Beuthen, 23. März. Die Oberschlesische Zeitung meldet aus Karf: Seit letzter Nacht sieht der Ort unter den furchtbaren Wirkungen des offenen Kampfes. Im Dorfe versammelten sich Banden aus Myslowitz und Birkenheim mit den Aufständischen. Die Wut der Menge richtete sich in erster Linie gegen die hier und in der Umgegend angehörenden Landjäger. Diese hatten ein Dazug befehlet und wurden 15 Stunden von der wütenden Menge belagert. Selberseits wurde mit Handgranaten und Gewehren gekämpft. Als die Belagerten schließlich das Feuer einstellten, griff die Menge die Überlebenden an und mißhandelte sie schwer. Drei wurden dabei schwer verletzt. Bisher sind zwei Landjäger und sechs Wunden tot gemeldet.

Beuthen, 23. März. Von 8 Uhr abends bis 4 Uhr morgens wird auf Gruppen von mehr als zwei Personen jederseits Verbot ohne Warnung gesetzt.

Kattowitz, 23. März. Die deutschen Parteien und die Gewerkschaften Oberschlesiens haben folgenden Aufruf „An Alle“ abgegeben: Nachdem die Polen in der ober-schlesischen Abstimmung unterlegen sind, läßt sie von der polnischen Grenze ausgehend gegenüber der deutschen Bevölkerung in den Landgemeinden den ungeschwächten Terror aus. Mehrere Deutsche sind seit der Abstimmung ermordet worden. Die Bevölkerung räumt zu Tausenden in die überfüllten Städte. Hunderte von Verwundeten suchen Schutz und Hilfe. Wir fordern von der ganzen Kulturwelt Einwirkung auf die internationalen Kommissionen, damit diese barbarischen Zustände sofort beseitigt werden.

Kattowitz, 23. März. In Kattowitz wurde ein Eisenwarengeschäft ausgeplündert. Auf dem Boguskiher Rathaus wurde die polnische Fahne gehißt. Banden durchziehen das Dorf in drohender Haltung, beschließen auch Eisenau. In Myslowitz verbot die Menge die Verkörperung eines Baumröckers, der einem Apo-Beamteten entziffen wurde. In Sopotnik wurden die Häuser der Deutschen umzingelt und beschossen.

Oppeln, 23. März. Im Auftrage der Reichsregierung hat der deutsche Bevollmächtigte Herr Hofeldt heute abend ernsthafte Vorstellungen bei der internationalen Kommission wegen der Zustände im ober-schlesischen Industriegebiet erhoben und sofort militärischen Schutz der Bevölkerung gegen die polnischen Gewalttaten verlangt.

III. Kattowitz, 23. März. Die ober-schlesischen Gewerkschaftsführer erwägen angesichts der höchsten Erregung unter der deutschen Arbeiterchaft wegen der wüsten Schändlichkeiten gegenüber dem polnischen Terror an die westdeutsche Arbeiterchaft heranzutreten und Beteiligungsmaßnahmen zu erwirken. Sie wollen ihre Stellung der Öffentlichkeit bekannt geben, um Verständnis zu finden, falls eine Ausberrung eintreten sollte. Ebenfalls erwägen die Gewerkschaften wirge Gegenmaßnahmen, wenn nicht sofort Ordnung geschaffen wird.

Zu Ostern!
Frische Landeier Stück 1.50
 Prima Norddeutsche Streich-
 Leberwurst Pfund 9.—
 Margarine, edl. 10.50
 Butter-Ersatz 12.50
 Anstandsbutter 12.—
 Reines Schweinefett Pfund 12.50
Kokosfett, prima 11.—
 Makkaroul Pfund 7.50, 8.50 u. 9.—
 Fndennudeln und ABC Pfund 9.—
 Ges. kond. H. Teh. Dose 7.50 u. 9.50
 Cornedbeef Dose 6.50
 Kaffee, gebr. Pfd. 19.—, 22.—, 24.—, 26.—
 Tafel-Salat-Oel Ltr. 21.—
 Kakao, gar. rein, prima 1/4 Pfd. 4.50
 Tee 1/4 Pfd. 7.—
 Kunsthonig Pfd. 4.70
 Weißer Grieß Pfund 3.— u. 2.50
 3393
 in bekannter Qualität zu
 billigsten Tagespreisen empfiehlt
Otto Pulvermüller
 Spezialhaus feiner Warstwaren
 Gartenstraße 37, Ecke Hirschstraße.

Einkaufsgenossenschaft d. Beamten u. Staatsarbeiter
 in Baden n. b. H., Sitz Karlsruhe.

Großer

Räumungs-Verkauf

in

Herrenanzügen u. Schuhwaren!

Um der gesteigerten Nachfrage zu genügen, verlängern wir den Verkauf bis auf weiteres.

Geöffnet von 8-12 und von 2-6 Uhr.

Verkaufsort: Karlsruhe, Alter Bahnhof, Kriegstraße 7, Eingang von der Bahnsteigseite.

Kofferfabrik
Eduard Müller
 Waldstr. 45 Karlsruhe i. B. Tel. 2165
 Damenhandtaschen — Besuchtaschen
 Geldcheintaschen — Brieftaschen.
 Große Auswahl. Billige Preise.
 Reisekoffer aus Leder und Segeltuch.
 Eigenes Fabrikat. Reparaturwerkst.

Gummireifen
 prima Qualität für
Kinderwagen
Krankenwagen
 in allen Größen, sowie alle
Ersatzräder
 in allen Größen, sowie alle
Ersatzteile
 Porzellangriffe etc.
 Versand nach auswärts.
 Rasche u. reelle Bedienung.
 H. Brandl, Karlsruhe.
 Kreuzstraße 7, Hof,
 Ecke Kaiserstraße.
 Gummi-Vereinigung.
 Vertikale f. Kinderwagen.

Kellerhütter
Weiß-Wein
 11.50
 inkl. Steuer
 empfiehlt
Bucherer
 in folgenden
 Füllungen: 240
 Goethestr. 23
 Bürgenstr. 6
 Zulfenstr. 24
 Durl. Wlce 20
 Zähringerstr. 2

Speise-Oel.
 Ia. Tafelöl Lit. Mk. 21.—, offen.
 Ia. Rapsöl (Ravat) Lit. Mk. 19.—, offen.
Delzentrale, Luisenstraße 29.

Pranckuch&C

Gemüse-Konserven:

Grüne Erbsen 1/2 D. **6.50**
 Schnittbohnen 1/2 D. **6.50**
 Tomatenpurée Dose von 4 **2.50**
 u. **4.50**

Früchte-Konserven:

Pflirsche
 Zwetschen
 Mirabellen
 Birnen
 in Dosen

Heidelb.-Konfitüren

Pranckuch&C

Johannes-Passion

Hauptprobe:
 Gründonnerstag 6 Uhr
 Zutritt nur für Mitglieder beider Vereine.

Vorzeigen der Mitglieds- u. Beikarten Einlaßgebühr etc. 35 Pf.

Einige **guterhaltene Anzüge** auch ich. Früh-, Weber-, Acher, Jünger-, Heber-, u. Sportanzüge, verschied. Dam.- Bekleidungsstücke einige guterh. S.-Eberhemden, Unterhosen, Bettücher, S.-Hüte und sonst versch. billige abzugeben **Stenweinstr. 22 II.** bei **Kreierad.** 3327

Wo kaufe ich meine getr., Kuzlas, Heberzeher, Hiltzer, Kojen, Schlegel, Wöbel n. m., bei

A. Schap
 2186 Kaiserstr. 67
 Eing. Waldhornstr.

Gummihöhen
 aufgestellt ohne Nägel, Sohlen und Absatz 21 Mark.
 Schuhreparatur mit elektrischem Betrieb.
 Waldhornstr. 36
 Ecke Marktgraben- u. Jähringerstraße.

Schuhwaren

zu hervorragend billigen Preisen

und hebe als besonders preiswert hervor:

- Herrn-Stiefel mit Lackkappen **89.—**
- Herrn-Stiefel echt Box calf **125.—**
- Herrn-Stiefel braun Box calf Ia **185.—**
- Damen-Stiefel Hochschaff, elegante Form u. Lackkappen **125.—**
- Damen-Stiefel bequeme Form, niederer Absatz **99.—**
- Damen-Halbschuhe **65.—** desgl. Spangen **48.—**
- Damen-Halbschuhe braun **99.—**
- Kräftige Kinder-Stiefel 31/35 von **60.—** an
- la gelbe Kinder-Stiefel 31/35 **79.—**
- Restposten Kinder-Stiefel **25.—**
- Touren-Stiefel Doppelsohle und geschlossene Lasche **160.—**

Ausserdem grosse Auswahl von den einfachsten bis zu den hochfeinsten Schuhwaren zu enorm billigen Preisen.

Schuhhaus Münzner

Südstadt **Schützenstrasse 17** Südstadt.
 Bitte Firma und Strasse genau zu beachten!!!

Arbeiter-Frauenchor Karlsruhe.
 Am Mittwoch, den 30. März, abends halb 8 Uhr, findet im Vereinslokal „Prinz Ludwig“, Mühlburgerstraße, unsere notwendige

General-Verammlung
 statt, wozu wir die verehrlichen Mitglieder mit dem Ersuchen um zahlreiches Erscheinen freundlich einladen. Die Tagesordnung wird dabei bekanntgegeben und können daher auch Entwürfe bis dort eingereicht werden. Die Verwaltung.

Gesang-Verein Mädchen- u. Frauenchor Einigkeit
 veranstaltet am Ostermontag, nachmittags 4 Uhr beginnend, im Saale des „Restaurant Adenberger“ (Ecke Werber- und Wilhelmstraße) eine

Familien-Feier
 mit Tanz
 wozu wir unsere Mitglieder sowie deren Angehörigen, Gönner und Freunde des Vereins herzlich willkommen heißen. 3387 Der Vorstand.

Stadtgarten.
 Sonntag, den 27. März, und Montag, den 28. März, 3-5 1/2 Uhr
2 Oster-Festkonzerte — Frühlings Einzug
 Mitwirkende: Harmoniekapelle, Waldhornquartett des Badischen Landes-theaters (1. Tag), Posaunenvirtuose Kammermusiker H. Bolms (2. Tag).
 Eintritt: 1 Mark 15 Pfennig (Jahreskarten), 2 Mark 15 Pfennig (Sonstige).
 Bei ungunstigem Wetter: Festhalle. 721

Daniels Konfektionshaus
 Tel. 1848, Karlsruhe, Wilhelmstr. 34, 1 Treppe
Blusen und Kleider
 aus Seide, Wolle, Voile und Waschstoffen
Dirndl-Kleider, Sport-Blusen
Jackenkleider von Mk. 125 an
Großer Posten Röcke
 Mk. 24, 28, 30, 38 u. s. w.
 Damen-Hemden, Hosens, Schürzen
 Unterröcke, Untertaillen.
 Keine Ladensposen Reelle Bedienung. 3 85

Versuchen Sie **„Esbu“**

Felnsior **Esbutter** Ersatz **Margarine**

Wieder in Friedensqualität
 Zu haben in allen besseren Geschäften.

Generalvertretung und Fabriklager
Mondorf & Mellert
 Karlsruhe
 Tel. 4993 Luisenstr. 24. Tel. 4993.

Samen (schm. erprobte Gemüsesorten, prima, keimfähig) **Ludwig Allinger**
 Karl-Wilhelmstr. 53, Fernspr. 914

Baubund-Möbel
 Verkauf gegen **Zahlung**

in solider Ausführung den veränderten Zeitverhältnissen in Bezug auf Preis und Formgebung angepasst

Verkauf gegen **Barzahlung** bei der gemeinnützigen Hausratgeellschaft **Bad. Baubund G. m. b. H.**
 Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 22
 Edhaus Runderhag, Fernsprecher 5157
 Tägl. geöffnet: vorm. 8-12, nachm. 2-6 Uhr

Stadt. Freibank.
 Fleischabgabe
 Samstag 9-11 Uhr: Nr. 1051-1050
 nachmittags 2-3 Uhr: Nr. 1051-2150
 Dienstag 9-11 Uhr: Nr. 2151-2450
 nachmittags 2-3 Uhr: Nr. 2451-2950
 Mittwoch 9-11 Uhr: Nr. 2951-2950
 nachmittags 2-3 Uhr: Nr. 2951-3150

Werbere **Hännen**
 großträhige Belgier, Deutsche, Cabaner, Blaue Wiener, franz. Riesen-Silber u. Kammeler mit Ehrenpreisen, 1., 2. u. 3. Preise, sowie schöne Kaninchen, wegen Aufgabe d. Pacht zu verkaufen. **Job. Bunnig** in **Wittweier** bei **Rehlatz** (Baden) **Murgaltstraße 5.** 3013

Pranckuch&C

Früh eingetroffen:
Säfel-Butter
 in 1/2-Pfund-Packungen

Pranckuch&C

8380

Liesel Suhr
Walter Müller-Beeck
 Verlobte!

Karlsruhe, den 24. März 1921
 Ettlingerstr. 5 Akademiedstr. 57

Das Arbeiter-Sekretariat
 des A. D. G. S., Stefaniestr. 74 ist am **Samstag, den 26. März** **geschlossen.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Karlsruhe.
 Unser Büro bleibt **Donnerstag ab 6 Uhr** abends bis **Dienstag vormittag 9 Uhr** **geschlossen.**
 3382 Die Ortsverwaltung.

In der Lebensmittelanzeige der Firma **Paul Sand, Sophienstr. 99** (letzte Ausgabe, Seite 7) muß es heißen: **Gez. l. od. M. 6.50 (nicht 6.70), 7.50 und 10.—**

Regulateur
 (A. Rudolph-Werke) zu verkaufen.
 Einzugs, Luisenstr. 34, St. 2

Goldnift
 bereitete herstellend
 5-fach stark, geruchlos, in Apothek. u. Drogerien.

Debbell
 dreifach zu verkaufen bei **Fischer**, Neue Anlage 66, Pulach.

Pranckuch&C

Bakartikel

Koffinen
 Sultaninen
 Mandeln
 Haselnußkerne
 Vanillezucker
 Backpulver von **Decker** und **Stinner**
 Schokoladen-tunke
 Bienenhonig 1 Pfund Glas **18.—**

Pranckuch&C

Verloren
 ging reisend, Schaf auf dem Weg Gartenstadt. Rongerthaus. Abgegeben gegen Belohnung i. d. Exped. d. Volksfreund.

Apfelwein-Abschlag
 Ab heute bis 15. April 1921 verkaufe ich:

Obstwein im Faß statt Mk. 3.00 per Liter zu Mk. **3.00**
Apfelwein, glanzhell im Faß, statt Mk. 3.90 per Liter zu Mk. **3.30**
Apfelwein, glanzhell in Fl. statt Mk. 4.00 per 1/2 Liter zu Mk. **4.00** (incl. Steuer)

Apfelwein in Flaschen ist in fast allen einschl. Geschäften im Detail zu bekommen, wo nicht erhältlich, liefere solchen von 10 Fl. an franko Haus.
 Für volle Zufriedenheit übernehme jede Garantie.

B. FINKELSTEIN
 Apfelweingrosskellerei Telefon 510 u. 2875.

Neu eröffnet und renoviert!

Spanische Weinstube zur Loreley
 Amallensstraße 46 Telefon 3274 Am Kaiserplatz
 Garantiert reine spanische Herb- und Süßweine
 Gute Küche :: Eigene Schächtung 2012

Pranckuch&C

Schokolade-Cier
 Sonder-Auswahl in unseren **Konfitüren-Abteilungen**
 Karl-Friedrichstraße 3, Tel. 2890
 Ecke Karl- und Akademiestraße Telefon 1213
 Kaiser-Allee 72 Telefon 3366
 Am Bahnhofplatz Telefon 3369

Pranckuch&C